H 8040 F
Nummer 47
Juli/August 97
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Revanchistische Großmacht-phantasien...

Deutschlandtreffen der Ostpreußen

Ostpreußen lebt

Düsseldorf, 17.–18. Mai 1997

Großdeutschland

Ja!

... führen zum Krieg!



Anthroposophen: Steiners Jünger bangen um Image

Theorie: Totalitarismusdoktrin verbindlich?

Universitäten: Angriff auf politisches Mandat

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • 30161 Hannover
Postanschrift:
DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Tel.: 0511 / 33 60 209
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Editorial

Kaum ein Wochenende vergeht, ohne daß Aufmärsche von Neonazis, Überfälle, Brandanschläge Schmierereien, usw. stattfänden. Eine repräsentative Jugendstudie belegt, daß zehn (Nordrhein-Westfalen) bis 30 Prozent der Jugendlichen (Brandenburg) antisemitische Standpunkte vertreten und 20 bis 31 Prozent faschistischen Einstellungen zustimmen. Darüber hinaus hätte - so der hessische Verfassungsschutz-Präsident Ferse - „jeder fünfte in Deutschland ... ein rechtsextremes Weltbild.“

Angesichts derartiger Erkenntnisse sollte antifaschistisches Engagement eine Selbstverständlichkeit und auch staatlicherseits als unterstützenswert anerkannt sein. Doch das Gegenteil ist der Fall: Da wird zwar mit einer politischen Begründung versucht, die „Hetendorfer Tagungswoche“ juristisch zu unterbinden, doch gleichzeitig wird der jahrelange Protest verschiedenster antifaschistischer Initiativen, die auf die Existenz der faschistischen Schulungsstätte erst hingewiesen haben, zu diskreditieren versucht. So hätten autonome Gruppen, die zu Protestaktionen gegen das Schulungszentrum mobilisierten, „gleichzeitig für die Mobilisierung und letztlich die Stärkung der Neonazis und Rechtsextremisten in Hetendorf gesorgt, deren Aktivitäten vor Ort in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen seien.“

Daß vor einigen Jahren in Hetendorf (weitgehend unbeachtet vom Innenministerium) Tagungswochen und Zeltlager von Alt- und Neonazis an der Tagesordnung waren und nur aufgrund antifaschistischen Engagements zurückgegangen sind, verschweigt das Innenministerium und weist infamerweise die Verantwortung für faschistische Aktivitäten deren Gegnern zu: „Die Autonomen skandieren: 'Kein Fußbreit den Faschisten, sie werden aber durch ihre Aktivitäten zu deren Wegbereitern!' erklärte ein Sprecher des Innenministeriums.“

So ist es kein Wunder, daß seitens des Bundesinnenministeriums an unserer Zeitschrift moniert wird, daß Fotos von „tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten“ wie von Jürgen Rieger, der mit einer Axt bewaffnet Gegendemonstranten droht (Titelbild von DRR Nr.41), „heimlich“ und mit „Teleobjektiv“ aufgenommen und publiziert werden. Wenn Fotos von faschistischen Demonstrationen und Gewaltakten nicht publiziert und deren Drahtzieher nicht mehr namhaft gemacht werden dürfen, fragt es sich ob die „Verfassungsschützer“ schon einmal etwas von Pressefreiheit gehört haben. Die soll angeblich im Grundgesetz garantiert sein.

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint Anfang September. Redaktionsschluß ist am 18. August 1997.

DER RECHTE RAND Register

Von den Ausgaben DER RECHTE RAND Nr. 1 bis Nr. 43 ist ein Register erstellt worden. Es ist als Papierausdruck oder als MS-Word-Datei auf Diskette für 10,- DM über die Redaktionsadresse erhältlich.

DER RECHTE RAND
Postfach 1324
30013 Hannover

Das Register umfaßt alle in diesen Ausgaben genannten Personen, Organisationen, Gruppen, Zeitschriften und Verlage. Weiterhin sind über diese Adresse auch alte Ausgaben unserer Zeitschrift erhältlich. **Die Ausgaben Nr. 1, 15, 20, 25, 27, 28, 38 und 44 allerdings nur als Fotokopie zum Einzelpreis von 4,- DM.** Ebenfalls nur noch als Fotokopie nachzubestellen ist unser Sonderheft Nr. 1 zum Thema „Anti-Antifa“ (48 Seiten) zum Einzelpreis von 8,- DM. Die als Druckschrift vorliegenden Ausgaben sind nach wie vor erhältlich.

Nr. 2 - 16 (Mai 1989 - März/April 1992) - Einzelpreis: 2,- DM
Nr. 17 - 31 (Mai/Juni 1992 - Okt./Nov. 1994) - Einzelpreis: 2,50 DM
ab Nr. 32 (Dezember 1994/Januar 1995) - Einzelpreis: 3,- DM

Ankündigung

Vom 10. bis zum 12. Oktober soll im Bremer Congress Centrum der Esoterik-Kongreß „Visionen menschlicher Zukunft“ stattfinden. Ein Bündnis gegen den Esoterik-Kongreß plant dazu zahlreiche Gegenaktivitäten, wie Buchvorstellungen, Videovorführungen und Workshops.
Info über: SJD - Die Falken, Findorfstr. 130, 28205 Bremen, Fax: 0421/352180.

Termine:

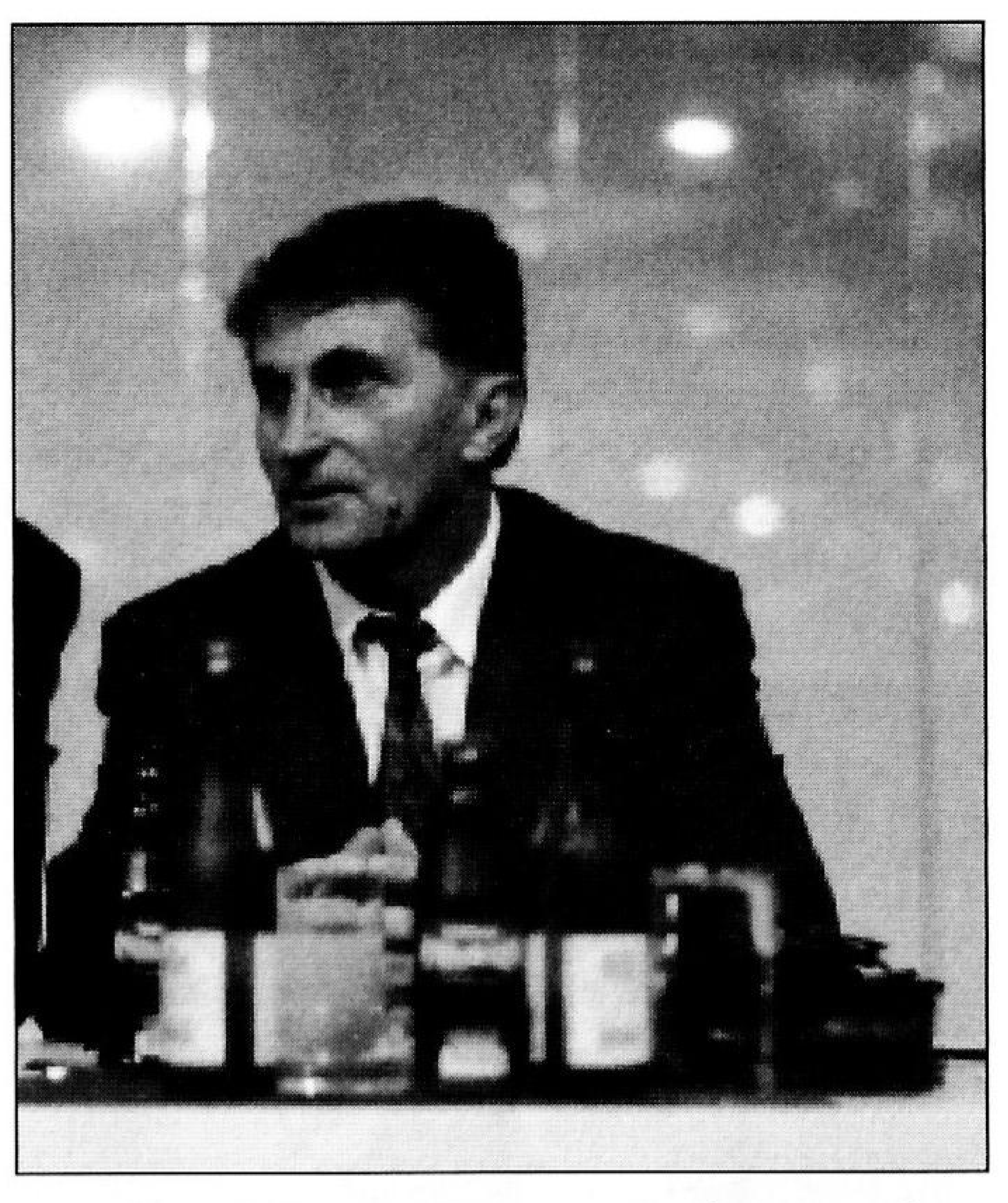
Landesparteitag der “Republikaner” in Baden-Württemberg
Der Landesverband Baden-Würrtenberg der “Republikaner”, die immer noch auch mit 14 Abgeordneten im Stuttgarter Landtag vertreten sind, bereitet seinen Landesparteitag vor. Der Parteitag soll am 19.Juli 1997 im südbadischen Wehr stattfinden. Ein breites regionales und antifaschistisches Bündnis ruft zu einer
Kundgebung und Demonstration auf.
Samstag,19.Juli in Wehr
11 Uhr am Bahnhofsplatz

Carsten Meyer & Samuel Salzborn

„Ostpreußen" fest in deutscher Hand

Die „Landsmannschaft Ostpreußen" feierte sich in Düsseldorf

Am 17. und 18. Mai veranstaltete die „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO) zusammen mit der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) ihr dreijährlich stattfindendes „Deutschlandtreffen" im Congress Center Düsseldorf (Messegelände). Um die 70.000 waren dem Ruf „Ostpreußen lebt!" gefolgt und wurden vom revanchistischen Massenspektakel nicht enttäuscht.

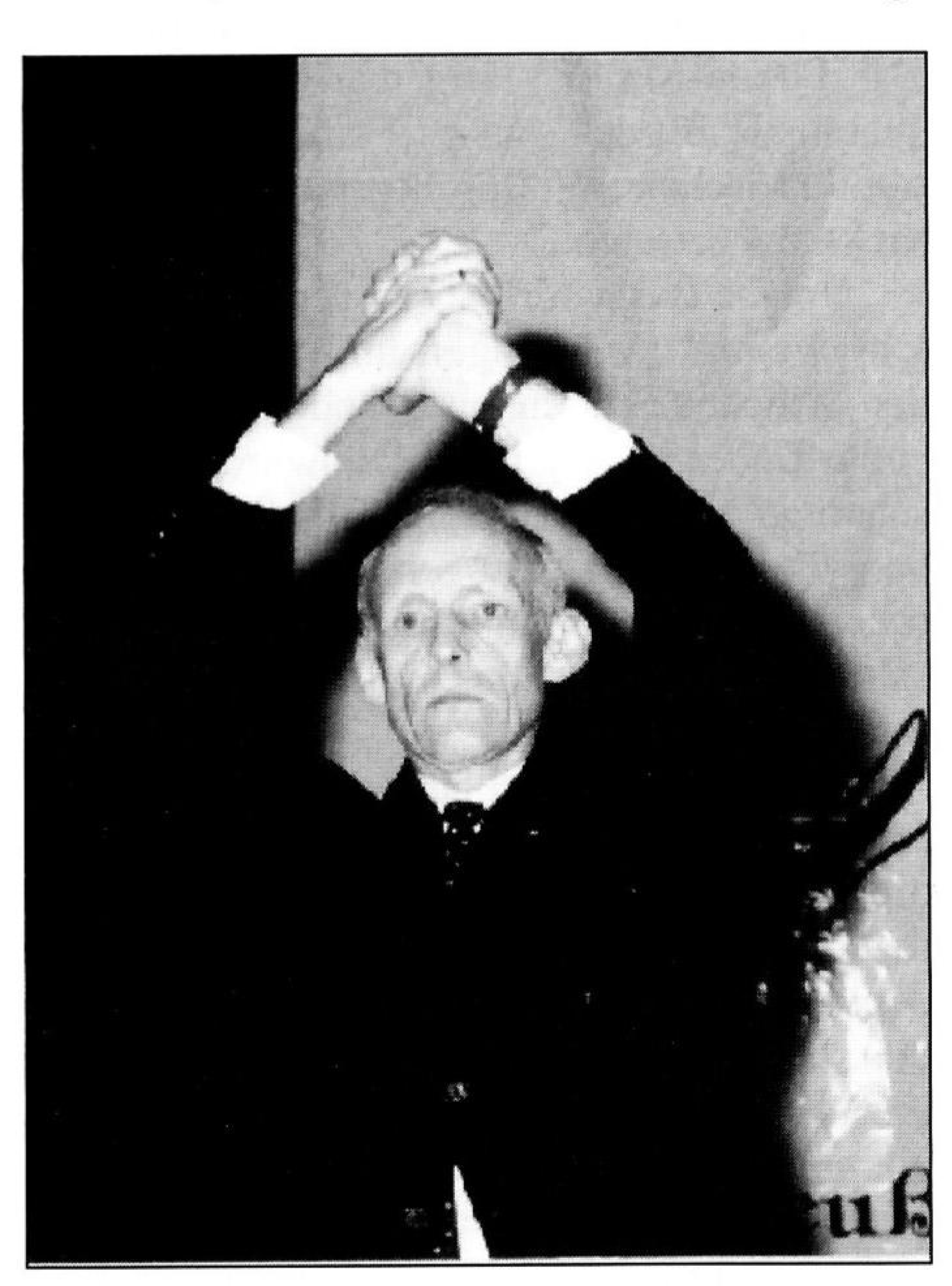


„Nation & Europa"-Autor Paul Latussek

„Unseren Eltern und Großeltern rufen wir, die Junge Landsmannschaft Ostpreußen, zu: Ostpreußen lebt! Es lebt in Ihnen und wird in uns weiterleben!" endete die stürmisch gefeierte Rede des JLO-Bundesvorsitzenden **Bernhard Knapstein** bei der Massenkundgebung am Sonntag vor 7.000 Teilnehmern. Dem „großen Beifall" (so **Jan Heitmann** im „Ostpreußenblatt" vom 24.5.97), den Knapstein für sein „Wort der Jugend" erhalten hatte, gingen am Samstagabend kleinere Unannehmlichkeiten voraus: Bei der JLO-„Mahnstunde am Rheinufer" hatte **Elard von Gottberg**, stellvertretender JLO-Vorsitzender, sich durch ein Fernsehteam des ZDF-Magazins „Kennzeichen D" belästigt gefühlt und den Kameramann angegriffen. Als besonders werbewirksam für die JLO dürfte sich das Singen der ersten Strophe des „Deutschlandliedes" trotzdem nicht herausgestellt haben. Am nächsten Tag hatte sich der Sohn des LO-Bundessprechers aber wieder von dem Schrecken erholt und durfte die „gesamtdeutsche Fahnenstaffel" bei ihrem Einmarsch begrüßen. Neben den bundes- und großdeutschen Fahnen wehte dann wie selbstverständlich auch die kanadische. „Das ganze Deutschland soll es sein", erklärte Elard von Gottberg unmißverständlich.

Offene Ohren hatten bereits die Teilnehmer der samstäglichen Podiumsdiskussion „Das Recht auf die Heimat" gefunden. Neben BdV-Vizepräsident **Paul Latussek**, Autor im neofaschistischen „Nation & Europa" und Referent bei der „Gesellschaft für freie Publizistik", und dem Vorsitzenden des „Bundes freier Bürger", **Manfred Brunner**, nahm auch **Heiner Ernst Kappel** von der nationalen „Liberalen Offensive" in der FDP teil. Prof. Dr. **Karl Doehring**, Ordinarius für Staats- und Völkerrecht an der Universität Heidelberg, erörterte, daß „Heimat" dort sei, wo eine „Volksgruppe ihre ethnischen Wurzeln" habe. Der Diskussionsleiter und Vorsitzende der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen", **Reinold Schleifenbaum**, ergänzte, daß es nicht um irgendeine „Heimat" gehe, sondern daß die Diskussion um das „dreigeteilte Ostpreußen" kreise.

Ein seltsamer Klüngel, der sich in Düsseldorf zusammengefunden hatte. „Ostpreußen ist nicht nur in Ostpreußen, sondern auch da, wo Ostpreußen versammelt sind", erklärte **Wilhelm von Gottberg** den Besuchern. Von Gottberg ist Sprecher der LO und Vizepräsident des „Bundes der Vertriebenen" (BdV). Die LO, ordentliches Mitglied im BdV, verfügt über eine gut ausgebaute organisatorische Struktur. Bereits 1948 erfolgte ihre Gründung. Sitz der Geschäftsstelle ist Hamburg. Der ideologieschulende Part in der revanchistischen Arbeit der LO wird vom „Ostheim" in Bad Pyrmont übernommen. Der Trägerverein „Ostheim" wurde 1956 in Bad Godesberg von der LO und der „Deutsch-Baltischen Landsmannschaft" gegründet. Sein Zweck besteht laut Satzung in der Vertiefung des „Wissens um Ostpreußen als Teil Deutschlands". Seitdem das Gebäude im Weserbergland in das Eigentum der LO überführt wurde, fungiert das „Ostheim" als Hauptschulungsstätte von LO und JLO. Im vergangenen Jahr wurde dort die Hälfte der offiziellen Veranstaltungen durchgeführt; 1997 werden es nahezu 2/3 sein. Im „Ostheim", dem Wilhelm von Gottberg vorsteht, werden die „Ostpreußen" für den Kampf gegen „totalitäre, antireligiöse Bestrebungen" gerüstet, um in Auseinandersetzungen mit „Gegnern des deutschen Rechtsanspruchs" bestehen zu können.



„Ostpreußen"-Sprecher Wilhelm v. Gottberg

Als stellvertretende Sprecher der LO fungieren derzeit **Bernd Hinz** und Dr. **Wolfgang Thüne**. Geschäftsführer der LO ist **Karl-Heinz Blotkamp**. Die Referate im Vorstand sind besetzt durch **Torne Möbius** („Kultur"), **Hilde Michalski** („Soziales" und „Frauen"), **Louis-Ferdinand Schwarz** („Presse"), **Manfred Ruhnau** („Hilfsmaßnahmen in der Heimat") und Bernhard Knapstein („Junge Generation"). Aus dem von Knapstein verantworteten Mitteilungsblatt „Fritz" der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" erfährt man einiges über die Weltsicht der JLO: „[...] wenn man die Erfolge des Dritten Reiches (z.B. die Wiederherstellung des Selbstwertgefühls des Volkes nach der Demütigung durch Versailles oder auch einfach nur 'die gute Autobahn') auf ewig negiert, wenn man alles von vornherein negativ betrachtet und dabei nie versucht, sich in die Lage der Menschen von damals zu versetzen, dann wird man auch nie verstehen, warum Millionen Deutsche ihrem Führer bis zuletzt gefolgt sind". In dem Kontext ist zu verstehen, warum LO- und JLO-Aktivisten die „Erklärung zur Präsentation der Anti-Wehrmachtsausstellung in der Frankfurter Paulskirche" mitunterzeichnet haben. Publiziert wurde sie u.a. im „Ostpreußenblatt", dem faschistoiden „Schlesier", der „Jungen Freiheit" (JF) und der „Zeitung für Deutschland" FAZ. Daß die Ausstellung gegen „elementare Kriterien wissenschaftlicher Arbeitsweise" verstoße, vertreten z.B. **Uwe Faesel** (stellvertetender JLO-Vorsitzender und ehemaliger Marketingleiter der „Jungen Freiheit"), **Peter Fischer** (Ressort „Politik, Zeitgeschehen, Leserbriefe" beim „Ostpreußenblatt"), **Jürgen W.Gansel** (JLO-Vorsitzender Hessen, Sprecher der DB-Burschenschaft „Dresdensia-Rugia Gießen"), **Klaus Gundlach** (JLO-Schatzmeister), Jan Heitmann (Ressort „Geschichte, Landeskunde" beim „Ostpreußenblatt"), Bernhard Knapstein, **Heinrich Lange** (JLO-Vorsitzender Bayern), Wolfgang Thüne und Wilhelm von Gottberg. Flankiert werden sie von rechten Protagonisten wie Manfred Brunner, **Eike Erdel**, **Alfred Mechtersheimer**, **Rolf Schlierer**, **Dieter Stein**, **Reinhard Uhle-Wettler** und **Karlheinz Weißmann**.

Im „Fritz" erfährt man noch andere interessante Dinge, z.B. über die „Kaste der Globalkapitalisten": „Sie ist anonym, sie ist international und sie ist ungebunden". Ergänzend zum „Globalkapital" wird angemerkt, daß es „kein Gesicht" habe, „keine Verantwortung" trage und sich hinter „Nummernkonten und Aktiendepots" verberge. Ernst Piper hat zu dem dieser Weltverschwörungstheorie zugrundeliegenden Argumentations-

muster angemerkt: „So wie der Antisemitismus der Juden nicht bedarf, genügt dem aus der Angst geborenen Haß die dumpfe Ahnung, daß sich da etwas im Verborgenen abspielt". Zum bundesdeutschen Geschichtsverständnis läßt die JLO verlauten, daß es „von den Siegerstaaten bestimmt" sei. Der Angriffskrieg des Deutschen Reiches gegen die Sowjetunion wird konsequent als „Legende vom deutschen Überfall" bezeichnet. Es habe sich vielmehr um einen „Präventivschlag" gehandelt. Zur Erklärung des „Märchens vom deutschen 'Überfall auf die Sowjetunion'" würden der „Größenwahn Hitlers" und seine „angeblichen Welteroberungspläne" herangezogen. Eine gewichtige Rolle spielen dabei laut JLO die „fremden Mächte" in Deutschland.


Elard von Gottberg

Diese sollen über eine „andere Eigentumskultur" und ein „anderes Verhältnis zur Hygiene" verfügen. Deshalb seien sie „unerwünscht" und eben „fremdartig". Anlaß der letztgenannten Ausführungen in der JLO-Postille zur „Verausländerung" waren die gewalttätigen Übergriffe auf Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen 1992. Die rechtsradikalen Täter seien seinerzeit nur „Sturm gegen die lautlose Gewalt" gelaufen, die ihnen täglich angetan worden sei. In der Ausgabe vom Mai 1997 wird dieses Bild fortgesetzt: Die „Ghetto-Neger" zeichneten in den USA verantwortlich für eine „übermäßig hohe Kriminalität". Die angebliche Zunahme der Darstellung von Menschen auf Werbeplakaten, die „weder farbenfroh, noch pechschwarz" seien, bereitet der JLO Sorgen. In Deutschland leiste sie wertvolle Vorarbeit für die „ethnische Transformation hin zu einer Gesellschaft mit einem großen Anteil an Schwarzen". Dabei sei die „Werbung für ein anderes Volk" bewußtseinsbeeinflussende Grundlage mit dem antizipierten Ergebnis, daß sich „dieses (das „andere Volk"; Anm.d.V.) sicherlich bald einfinden werde".

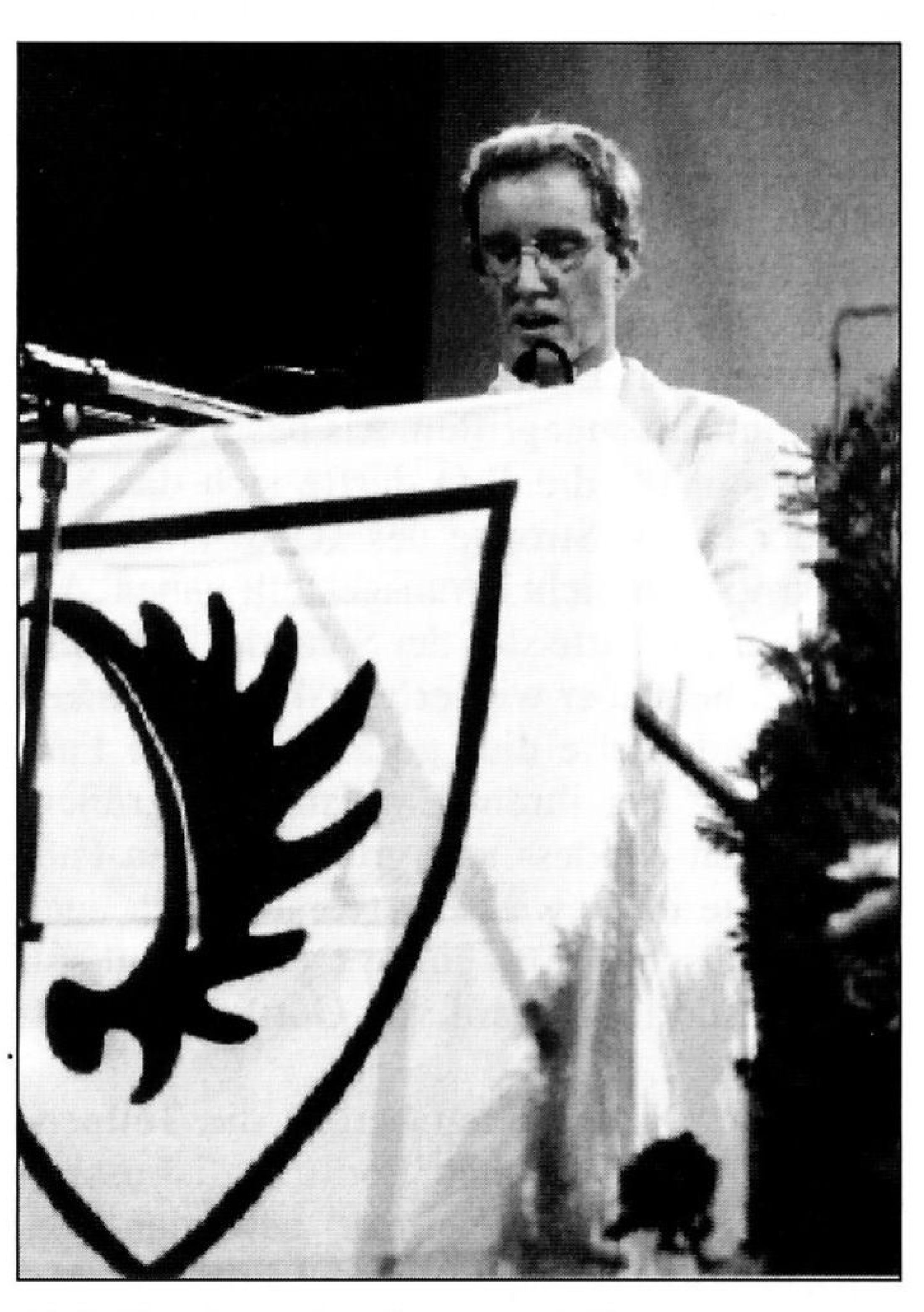
Bernhard Knapstein, seit dem 21.10.95 JLO-Bundesvorsitzender, war zeitweilig als politischer Referent der Kölner „Burschenschaft Germania" tätig. Im Haus der „Burschenschaft Germania" hatte die JLO die Tagung „Der Deutsche Osten - Perspektiven im neuen Jahrtausend" durchgeführt. Zu den Referaten war z.B. **Martin Schmidt** geladen, damaliger JF-Chefredakteur. Finanziell gefördert wurde die Tagung aus Bundesmitteln. Knapstein selbst hatte sich zuvor um die Gründung des „Hofgeismarer Kreises - Rheinland" bemüht. Themen wie „Asylpolitik und Maastrichter Verträge" seien zu diskutieren gewesen. „Solidarität mit der deutschen Volksgemeinschaft" schrieb er 1993 an einen Interessierten. Bevor er „mit deutschem Handschlag" schloß, schlug er noch Treffen in Form von „wöchentlichen konspirativen Stammtischen" vor. Nicht nur Knapstein kommt aus dem burschenschaftlichen Spektrum. Jürgen W. Gansel schrieb in einem als Sprecher der „Burschenschaft Dresdensia-Rugia Gießen" unterzeichneten Leserbrief an die JF: „Burschenschafter sein heißt, sich mit seinem Volkstum ohne Wenn und Aber zu identifizieren und Solidarität allen jenen Volksangehörigen zukommen zu lassen, die jenseits der Grenzen der kleinen Bundesrepublik Deutschland leben müssen". Sein Schreiben galt den „Spaltpilzen" und „burschenschaftlichen Deserteuren", die die „Deutsche Burschenschaft" (DB) wegen rechtsradikaler Tendenzen verlassen hatten. Bevor Gansel JLO-Vorsitzender in Hessen wurde, hatte **Jörg Dombrowski** dieses Amt inne. Im „Germanenhaus" der Kasseler „Burschenschaft Germania", bei der Dombrowski als „Fuxen-Major" tätig war, ist schon der „nationale Barde" und ex Funktionär der paramilitärischen „Wiking Jugend" **Frank Rennicke** aufgetreten.

„Um die Basis der JLO zu vergrößern, habe ich zweimal in Erlangen und Hannover vor den örtlichen Studentenverbindungen gesprochen. Dabei ist der LO Glaubwürdigkeit bescheinigt worden", doziert Wilhelm von Gottberg über die Beziehungen von „Landsmannschaft Ostpreußen" und „Junger Landsmannschaft Ostpreußen" ins burschenschaftliche Spektrum hinein.

Beim Pfingsttreffen hatte von Gottberg das Friedensnobelpreiskomitee dazu aufgefordert, die Ehrung der „Heimatvertriebenen Ostdeutschlands durch die Verleihung des Friedensnobelpreises" vorzunehmen. Und da sich die „heimatvertriebenen Ostpreußen und deren Nachkommen bei der humanitären Hilfe und dem Wiederaufbau des Landes (gemeint ist das ehemalige „Ostpreußen"; Anm.d.V.) nicht übertreffen lassen" würden, will die JLO jetzt auch „für Ostpreußen in Ostpreußen" ein Haus bauen. Die praktische Regermanisierung scheint viele Freunde gefunden zu haben. Für das Gebäude, das als „deutsche Sprachschule, Begegnungsstätte, zur Nachlassverwaltung von Bild-, Buch-, Karten- und Schallplattenbeständen und Sammlungen" dienen soll, wollte sie in Düsseldorf lediglich noch 20.000 DM sammeln, weil es bereits beim „Deutschlandtreffen" 1994 eine „größere Spende, mit der Auflage, diese für eine Immobilie in der Heimat" einzusetzen, gegeben hatte.

Rund um die Stände von LO, JLO und BdV hatten sich beim „Deutschlandtreffen" noch andere rechte Kräfte versammelt, wie die „Junge Freiheit", der „Bund freier Bürger" und die „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum". Die „Republikaner" und der „Bund für Gesamtdeutschland" verteilten vor den Toren des Messegeländes ihre Propagandamaterialien.

Selbstverständlich zählte auch das LO-Organ „Das Ostpreußenblatt" zu den um Interessenten werbenden. In ihm wird theoretisch das vereint, was den politischen Charakter der Organisationen der „Ostpreußen" ausmacht. **Harry Poley**, ehemaliger Sprecher der LO, faßt diese Einheit in seiner Würdigung des Buches „Deutschland einig Vaterland" von **Hellmut Diwald** zusammen. Diwald hole „unbequeme, von einer systematisch betriebenen 'Vergangenheitsbewältigung' verschüttete Wahrheiten ans Licht einer objektiven Betrachtungsweise". Dabei sei die Geschichte des Dritten Reiches für Diwald eine „Geschichte des Aufbruches, der Befreiung, Zustimmung und Zuversicht, der Begeisterung und Gläubigkeit, der Opferbereitschaft". Es hätte zwar auch Entrechtung, Verfolgung und Rechtswillkür gegeben, doch sei die nationalsozialistische Geschichte vor allem „eine Geschichte der Jugend, ihres Glaubens, ihrer Opferbereitschaft, ihrer selbstlosen Haltung und ihrem Mut, Ideen und Ideale zu verwirklichen und in das Gemeinwesen zu übersetzen." Von dieser Warte aus und von diesen Werten ausgehend, gewinnt die Nachkriegsgeschichte an Bedeutung als „Kampf gegen die Umerziehung". Der Einsatz gegen die angebliche Lüge von der deutschen Kriegsschuld wird zur Selbstverständlichkeit. Wer im Bewußtsein von Treblinka, Dachau und Auschwitz dergleichen derart glorifiziert, für den besitzt das Potsdamer Abkommen mit seinen Bestimmungen über den durchzuführenden Bevölkerungstransfer keinen legalen Charakter, geschweige denn einen legitimen.


JLO-Vorsitzender Bernhard Knapstein

Auf dieser Grundlage wird die angebliche „Vertreibung" konstruiert, was wiederum in die Forderung nach Rückgewinnung der großdeutschen Ostgebiete mündet.

Abschließend vermerkt sei, daß die „Landsmannschaft Ostpreußen" im vergangenen Jahr ca. 410.000 DM an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt bekommen hat. In den Vorjahren waren die Beträge deutlich höher. Das „Ostpreußenblatt" konnte in den Jahren von 1985 bis 1991 über insgesamt fast 150.000 DM direkt aus den Mitteln des Bundeshaushaltes verfügen.

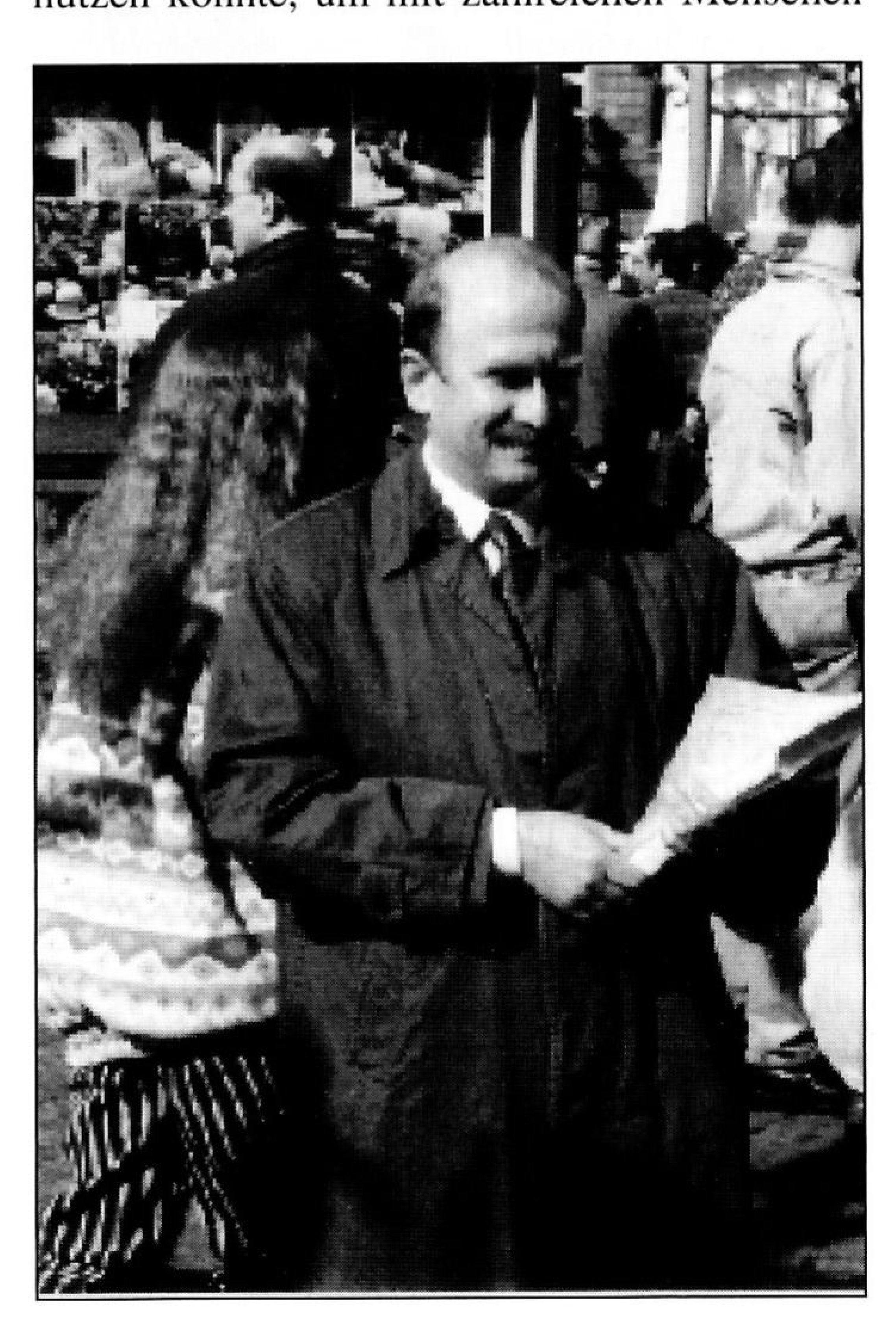
Gregor Schmidt

Wehrmachtsausstellung in der Frankfurter Paulskirche

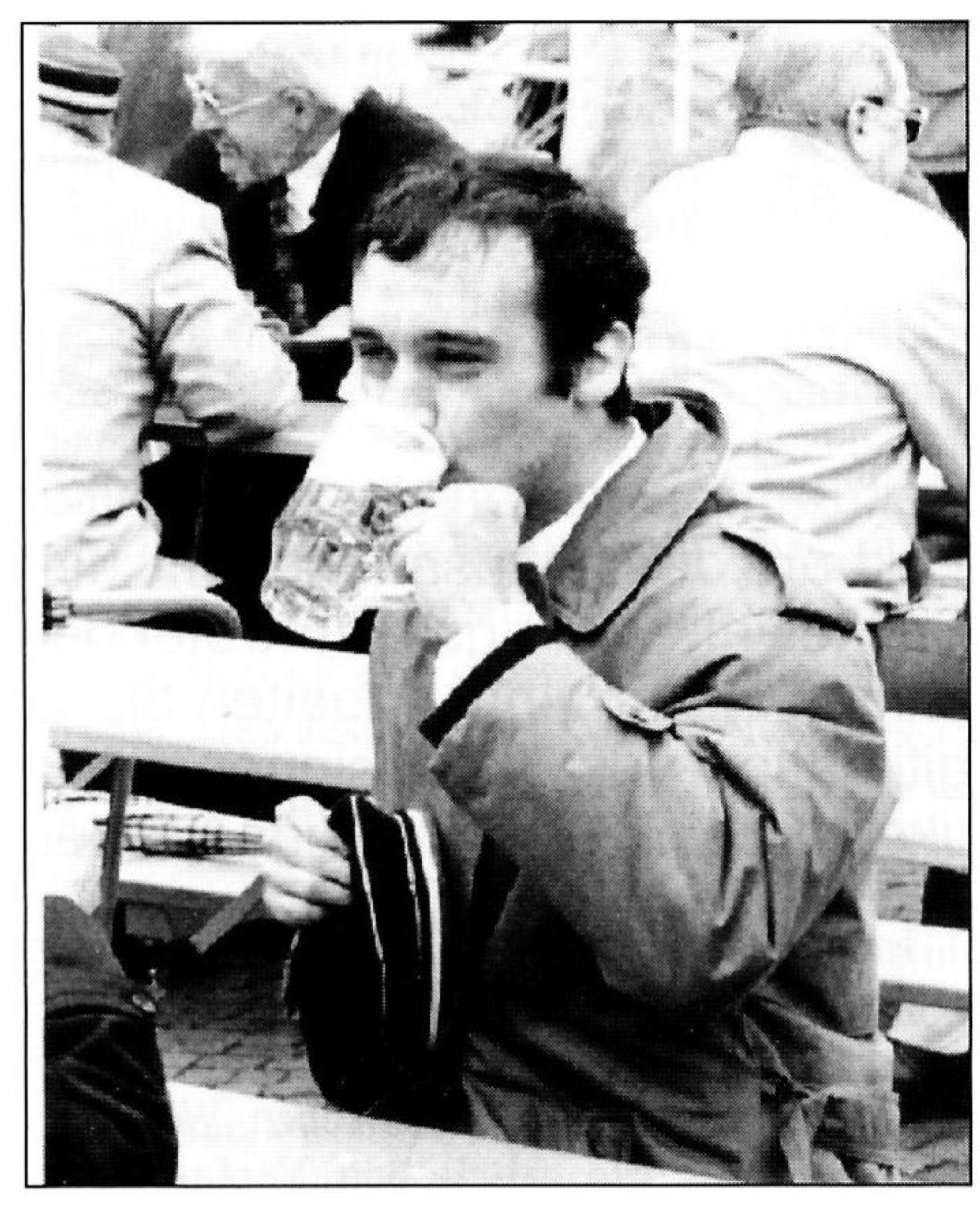
Bereits in der letzten Ausgabe haben wir über die Proteste gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" in der Frankfurter Paulskirche berichtet. Wegen des Redaktionsschlusses der letzten Ausgabe konnten wir in diesem Artikel nur auf die ersten Tage eingehen. Die folgenden Wochen und das Spektrum, das in Frankfurt die Proteste gegen die Ausstellung getragen hat, wollen wir in diesem Artikel darstellen.

Die Proteste in Frankfurt hatten bereits bei der Eröffnung auf eine andere Qualität als in München hingedeutet. Trotz der Ankündigung von NPD und JN nach der Demonstration von München - als größter rechter Demonstration der letzten Jahrzehnte - in allen Ausstellungsorten Gegenaktivitäten zu organisieren, blieben Kundgebungen und Proteste dieses Spektrums aus. Aber auch anderen Spektren gelangen keine größeren Proteste. Ein Schweigemarsch der Schüler-Union Hoch-Taunus-Kreis unter Leitung von **Philipp Byers**, dem stellvertretenden Landesvorsitzender der Schüler-Union, wurde nach der Ankündigung von Gegenaktivitäten umgehend abgemeldet, da die Schüler-Union negative Schlagzeilen vermeiden wollte und Konfrontationen mit Gegnern ausbleiben sollten. Denn die Protestierer gaben sich in Frankfurt gesprächsbereit. Auch ausgewiesene Neonazis kritisierten nur die Einseitigkeit der Ausstellung, standen einzelne Verbrechen aus Reihen der Wehrmacht zu, gaben vor, nur dagegen zu protestieren, daß aufgrund dieser einzelnen Verbrechen eine ganze Generation diskreditiert würde. Statt in Springerstiefeln glänzte man mit Worten, statt schwarz-weiß-roten Fahnen dominierten „wissenschaftliche" Untersuchungen über die Ausstellung. Diese Form des Protestes gründet vor allem auf dem Spektrum, das in Frankfurt die Proteste trug. Die überwiegende Anzahl der Protestierer kam aus dem breiten Braunzonen-Spektrum im Rhein-Main Gebiet, das eher im Verborgenen arbeitet statt auf Demonstrationen geht und auf Hintergrund- und Öffentlichkeitsarbeit setzt. Betrachtet man dieses Spektrum genauer, waren alle Gruppen beteiligt, die in den vergangenen Jahren mit mehr oder weniger gemäßigten rechten Parolen an die Öffentlichkeit getreten sind. So das Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands (BKKD) mit **Lothar Lauck**, das Christlich-Konservative Deutschland-Forum, die „Junge Freiheit" in Form ihres Frankfurter Leserkreises, des „Staatspolitischen Clubs", die Liberale Offensive um **Heiner Kappel** und das Vertriebenenspektrum. Insgesamt kann man es umschreiben mit denjenigen, die sich in regelmäßigen Abständen mittels Anzeigen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu Wort melden, um für eine „selbstbewußte Nation" zu werben. Mit zahlreichen Neugründungen und kurzfristigen Initiativen versuchte dieses Spektrum sich als eine breite gesellschaftliche Bewegung darzustellen. So verbarg sich hinter der „Initiative gegen eine pauschale Verurteilung der Wehrmacht" mit z.B. **Peter Weihnacht** eine zentrale Person des BKKD, und auch die Unterzeichner des Aufrufes der „Arbeitsgemeinschaft Paulskirche" sind bekannte Aktivisten der rechten Szene. Neben den in der letzten Ausgabe bereits erwähnten, wurde diese Initiative laut einer zweiten in der „Jungen Freiheit" erschienenen Anzeige auch von **Kai Bärmann** vom CKDF-Hessen, **Reinhard Gnauck**, dem Pressesprecher der IGfM **Tilmar Ziegler**, **Thorsten Thaler** usw. getragen.

Durch Proteste von Teilen der CDU und den Artikeln, beispielsweise der FAZ, war ein Klima geschaffen worden, daß dieses Spektrum nutzen konnte, um mit zahlreichen Menschen in Kontakt zu kommen. Thesen wie die von **Alfred Dregger** prägten dieses Klima. Dregger bezeichnete in der FAZ die Wehrmachtssoldaten als „Hitlers Opfer", behauptete weiterhin, daß die Alliierten sich durch eine Weigerung, mit dem deutschen Widerstand zusammenzuarbeiten, den NS-Staat an der Macht gehalten hätten, während die Deutschen fast sämtlich in Opposition zu ihm gestanden hätten, und sprach sogar von einer Legitimität des Krieges im Osten, da man „nicht für Hitler (...), sondern für Deutschland" gekämpft habe. Zu dem Klima trug auch ein Kommentar von dem verantwortlichen Redakteur für Innenpolitik der FAZ **Friedrich Karl Fromme** bei, der Ausstellungsbilder von Erschießungen rechtfertigt, da die Ausstellungsmacher nicht beweisen könnten, daß es sich nicht um Partisanenerschießungen handelte. Denn diese seien über internationale Vereinbarungen „bis heute gerechtfertigt". Die von Konservativen in die Diskussion gebrachte These, daß Reemtsma - aufgrund der Todesangst während seiner Entführung - die Lage der Wehrmachtssoldaten nachfühlen könne, die ständig um ihr Leben fürchteten, wurde auf den Leserbriefseiten verschiedener Zeitungen dahingehend erweitert, daß dies die gerechte Strafe für die Ausstellung sei. Thesen, wie die oben genannten, hatten in Frankfurt bei Teilen der Bevölkerung Grundlagen geschaffen, die dem rechten Spektrum ermöglichten, Kontakte aufzunehmen. Sie nutzen dies geschickt, um sich bürgerlich-demokratisch zu geben und gleichzeitig rechte Propaganda unter die Bevölkerung zu bringen. Allein die Auswahl des Referenten **Reinhard Uhle-Wettler** für die zentrale Gegenveranstaltung offenbart, daß sich hinter den gemäßigten Worten kaum andere Positionen als bei offen neonazistischen Gruppen vorherrschen. Lediglich die Form ist eine andere. Uhle-Wettler hatte unlängst von den Deutschen angesichts der herrschenden Zustände, eine Erhebung wie die der Nationalsozialisten gefordert. Es stilisierte Hitler zu einem Vorkämpfer der europäischen Einigung und des gemeinsamen Wirtschaftsmarktes und erklärt aus dieser Bestrebung den Zweiten Weltkrieg. Dieser sei von den USA angezettelt worden, um ihre Herrschaft über Europa nicht zu verlieren. Noch weiter geht er mit seiner Behauptung, daß es keine Beweise für den Holocaust gäbe.



Lothar Lauck vom BKKD in Frankfurt



CDU-Rechtsaußen Thilo Stratemann

Die Proteste der Frankfurter CDU-Führung, die bereits Anfang des Jahres die zunehmende Macht des rechtsextremen Flügels um **Erika Steinbach**, **Thilo Stratemann** und weitere Personen aus dem „Junge Freiheit"-Spektrum zu spüren bekommen hatten, und nun versuchten wieder Boden innerhalb der Partei zu gewinnen, haben genau dieses Spektrum gestärkt. Es wurde zum Nährboden für nationalistische Sprüche und offenen Geschichtsrevisionismus. Da hilft es kaum, daß die CDU zum Ende der Ausstellung wieder auf einen versöhnlichen Ton setzte. Die CDU hat dem rechten Spektrum Möglichkeiten eröffnet, die dieses in der Zukunft nutzen wird.

Verfassungsschutz, noch die der Bundeswehr-Universität den Vorschlag ab. Nur Dr. Richard Stöss widersprach aus dem Publikum der Instrumentalisierung der Wissenschaft für den Verfassungsschutz und fragte, in wieweit dies nicht grundsätzlich die Freiheit der Wissenschaft negiere.

Nachdem das Dilemma des Verfassungsschutz und seiner Analysen zur Vermessung des politisch-ideologischen Raumes ausschließlich thematisiert waren, war eine „neue Gestalt des Extremismus" Thema: Scientology. Versuchte Wolfgang Wittmann vom Tübinger Institut für Kriminologie eine objektive Skizzierung vorzunehmen, wobei er nicht so recht wußte, was er aus einer Studie berichten durfte, unterstellte Ursula Caberta, Leiterin der Arbeitsgruppe Scientology der Hamburger Behörde für Inneres, allen kritischen Fragern sogleich, daß sie die Dimension der Bedrohung nicht erkannt hätten.

Erst am nächsten Tag reflektierten die Referenten die Thesen und Analysen des Verfassungsschutz, sowie die Begründungszusammenhänge. Der Potsdamer Sozialwissenschaftler Christoph Butterwege kritisierte den analytischen Automatismus von „Modernisierungsverlierer gleich Rechtsextremer" und thematisierte die komplexen Motivationen. Zwar würden je mehr Vermögensumverteilung von unten nach oben und Individualisierung sozialer Risiken das soziale Klima verschärften, rechten Ideologien Vorschub gegeben, doch erst die Antworten der Herrschenden in Wirtschaft und Politik auf die aktuellen Fragen, sowie deren Ideologisierung der Themen, würden die Rechtsentwicklung forcieren.

Walter Hanesch, Sozialwissenschaftler an der Fachhochschule Darmstadt ergänzte, daß es „weniger die Armen", sondern vor allem die Gruppen „direkt oberhalb der Armutsgrenze" seien, die sich rechten Gruppierungen zuwenden würden.

Auch Stöss widersprach der These, daß eine Verschärfung sozialer Probleme automatisch zu einer Hinwendung der „benachteiligten Modernisierungsverlierer" zu rechtsextremen Parteien oder gar rassistisch-nationalistisch motivierter Gewalt führe. Repräsentative Befragungen bewiesen, daß Parteien wie „Die Republikaner" kaum von der „ökonomisch-sozialen" Unzufriedenheit profitierten. Nur wenn das rechte Spektrum „Geschlossenheit" und „überzeugende Personalangebote" vorweisen könnten, so prognostizierte der Parteienforscher von der FU Berlin, und die „Integrationskraft der bürgerlichen Parteien" nachlasse, sei ein Aufschwung nach französischem oder östereichischen Muster zu befürchten.

Nachdem dem Referenten des Verfassungsschutzes und der Bundeswehr gänzlich widersprochen, ihre Argumentation und Analyse widerlegt und ihr Wunsch abgelehnt wurde, hätte eigentlich massiver Widerspruch folgen müssen. Doch statt dessen erklangen verhaltene Kommentare und einer kontroversen Diskussion wich man aus.

Im Anschluß sahen die Vertreter und Vertreterinnen der Medien, u.a. vom Spiegel und der tageszeitung, ebenso keine Notwendigkeit der Reflexion ihres Engagements.

Am letzten Tag beleuchtete Dr. Michael Minkenberg, Universität Göttingen, Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien, internationale Aspekte. Er verglich die „neue radikale Rechte in den USA und Europa", wobei er sich für Europa auf Frankreich begrenzte und nur kurz auf die bundesrepublikanischen Verhältnisse einging. Deutlich betonte er das Zusammenwirken von „extremer Rechten" und der „Mitte der Gesellschaft".

Man hatte sich für die zweieinhalb Tage viel vorgenommen. Von der angekündigten „Neuvermessung" war allerdings wenig zu sehen. Um so mehr war über die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu hören. Daß die „Neuvermessung" nicht gelang, folgte u.a. aus der unreflektierten Begrifflichkeit „(Rechts)extremismus", mit der die Referenten von der Bundeswehr-Universität und Verfassungsschutz operierten. Die Schreibweise vom „(Rechts)extremismus" im Titel, mit „Rechts" in Klammern gesetzt, hielt was sie versprach, wie die Einführung im Programm der Fachtagung, wo „Extremismus" gleich ohne rechts in Klammern steht. Das „Totalitäre" war auch ohne direkte Rezeption das Parameter für die „Neuvermessung".

Ob die von Gessenharter und Fröchling offiziell gewünschte Indienstnahme der Wissenschaft vom Verfassungsschutz gelang, oder sich perspektivisch konkretisiert, verrieten sie nicht. Kein Geheimnis ist, daß sie solch eine Tagung wiederholen möchten.

Ulrich Schneider

Der AStA und das politische Mandat

Ein Thema für den „Rechten Rand"?

Ein Thema für „Nation & Europa" (Nr.5/97) war es allemal, was Eike Erdel, der Vertreter des „Republikanischen Hochschulverbandes" Marburg, dazu vorzutragen hatte - obwohl, oder gerade weil, es offenen Nazi-Listen trotz mancher Kandidaturen (z.B. in Hamburg und Marburg), einigen Wahlkampagnen und durchaus erheblicher Unterstützung von Burschenschaften, nur in Einzelfällen gelungen ist, an den Hochschulen Fuß zu fassen.

Noch sind die meisten ASten mit demokratischen Mehrheiten ausgestattet, die durchaus wachsam gegen Rechtsentwicklungen sind, wozu vielerorts „Antifa-Referate" eingerichtet wurden, deren Tätigkeit - laut Erdel - „hauptsächlich darin besteht, demokratische Rechte als Faschisten zu verunglimpfen." Und in schöner Übertreibung kommt er zu der Behauptung: „Mehrere Millionen Mark werden bundesweit jährlich für solche Aktivitäten ausgegeben."

Nachdem den akademischen Neonazis klar geworden ist, daß sie auch zukünftig keine einflußreiche politische Kraft an den Hochschulen darstellen werden, haben sie sich an eine ehemalige RCDS-Strategie erinnert, um linken politischen Kräften das Leben an den Hochschulen schwerer zu machen. Der Ansatzpunkt ist der jahrzehntealte Streit um das „politische Mandat" der verfaßten Studentenschaften.

Zur Erläuterung: Wenn beispielsweise ein Allgemeiner Studentenausschuß (AStA) gegen rassistische Gewalttaten protestiert, muß er nachweisen, daß er dabei die „hochschulpolitischen, wirtschaftlichen oder sozialen Interessen der Studenten" vertritt. Diesen Zusammenhang herzustellen ist an sich nicht schwer, vertritt er doch dabei ganz direkt die Interessen der ausländischen Studierenden auf körperliche Unversehrtheit und Sicherung ihrer Studienmöglichkeit.

Auch der Protest gegen Castor-Transporte hat direkt etwas mit den wirtschaftlichen Interessen der Studenten zu tun. Wenn beispielsweise Millionenbeträge aus den Landeshaushalten aufgewendet werden müssen, um Polizeieinsätze zu finanzieren, dann geht das - wie jeder ausrechnen kann - zu Lasten der möglichen Subventionierung von Studentenwerken, was wiederum zur Verteuerung von Mensa-Essen führen kann.

Diesen argumentativen Zusammenhang stellen jedoch reaktionäre Kräfte in Frage und bemühen seit Jahrzehnten immer wieder die Verwaltungsgerichte, hier Entscheidungen gegen die Verfaßte Studentenschaft zu fällen. So wurden Stellungnahmen gegen Castor-Transporte, gegen Atombewaffnung, zum Kurdistan-Problem, selbst wenn sie von kurdischen Studenten verfaßt waren, von verschiedenen Verwaltungsgerichten als Wahrnahme eines „allgemeinpolitischen Mandates" deklariert und mit Zwangsgeldern belegt. Auf diese Möglichkeit, „das rechtswidrige Treiben linker Studentenvertreter an seiner Universität zu beenden", weist nun **Eike Erdel** in seinem Beitrag in „Nation & Europa" jeden „nationalbewußten Studenten" hin, indem er auf eine Reihe von Urteilen verweist, die er selbst gegen den Marburger AStA angestrengt hat. Und da sich der Hessische Verwaltungsgerichtshof als dankbarer Adressat solcher reaktionärer Anzeigen erwies, wurden auch gegen den AStA der Gießener Universität Gerichtsurteile erwirkt.

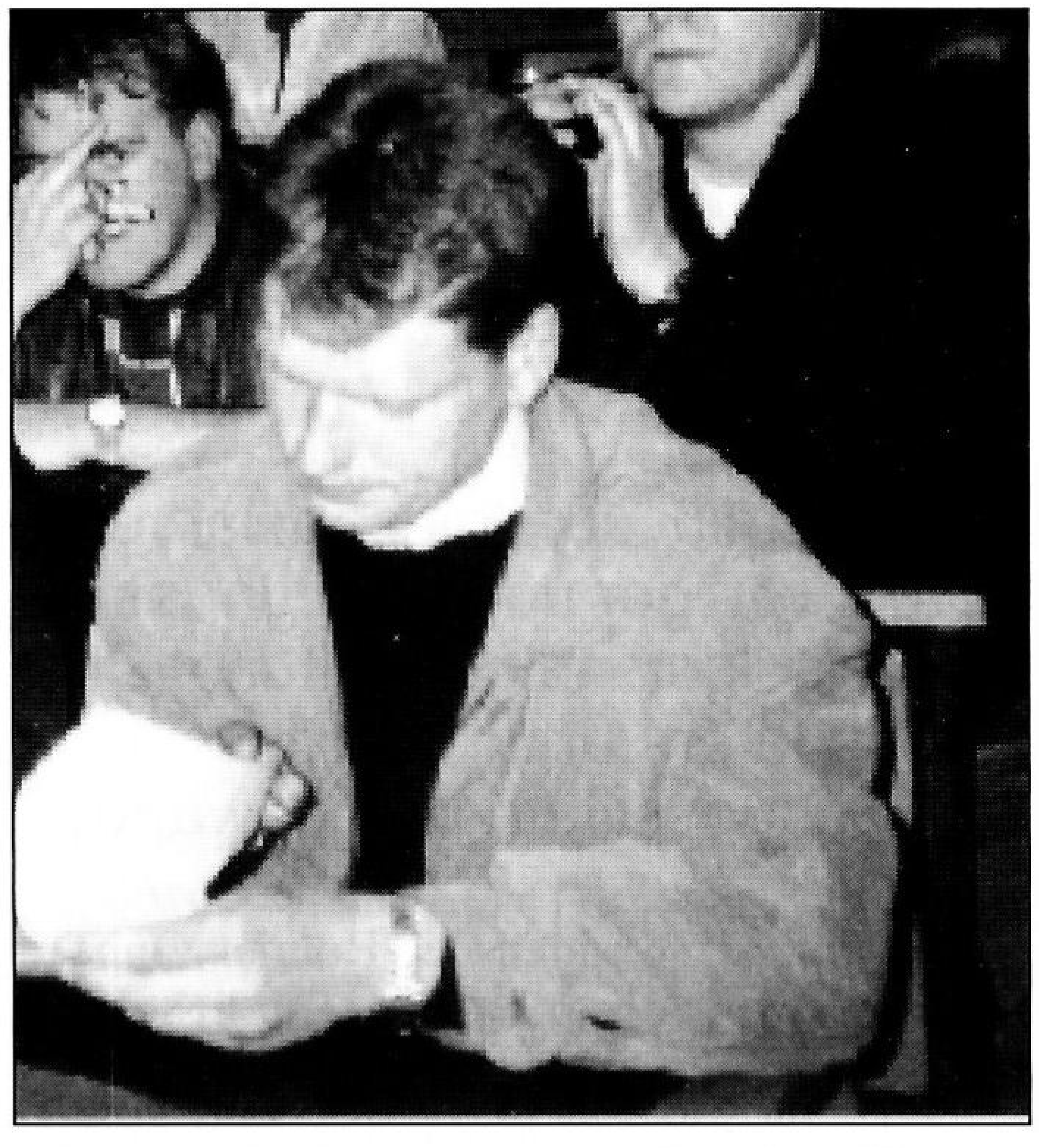
Aufschlußreich ist, wo Erdel seinen Beitrag veröffentlichte. Neben seiner REP-Hauspostille und dem neonazistischen Ideologieorgan „Nation & Europa" findet man seinen Text auch im „Ostpreußenblatt" sowie über ein Internet-Link der „Jungen Freiheit" wieder. Offensichtlich versucht er damit, breitere Kreise der burschenschaftlich orientierten Studenten anzusprechen. Da die REP-Studenten nicht immer zu den intelligentesten gehören, hat Erdel ihnen eine Gebrauchsanleitung gleich mitentwickelt. Wer es gerne de-

taillierter hätte, kann auf den WWW-Seiten des REP-Hochschulverbandes, die dieser auf dem Rechner des Marburg Hochschulrechenzentrum einrichten konnte, den Wortlaut der Anzeige (mit Hinweis auf entsprechende Urteile von Verwaltungsgerichten) nachlesen und möglicherweise wörtlich abschreiben (incl. der zahlreichen Tippfehler).

Auch der nordrhein-westfälische Verwaltungsgerichtshof ist in seiner Rechtsprechung für solche Argumentationen der Neonazis offen. Deutlich zeigte dies der OVG Münster in seinen Verfahren gegen den Münsteraner AStA seit 1994. Auf Antrag eines der rechten Szene zuzurechnenden Studenten, **René Schneider**, hat das Oberverwaltungsgericht Münster dem AStA am 23.April 1997 ein Ordnungsgeld von 500,- DM wegen Wahrnahme des allgemein-politischen Mandates auferlegt.

An sich könnte dieses Urteil als eine Fußnote in der Auseinandersetzung um das allgemein-politische Mandat der verfaßten Studentenschaft angesehen werden, wenn nicht die Urteilsbegründung Formulierungen enthalten würde, die weit über diesen Einzelfall hinausgehen. So erklärte das Gericht in seinem „unanfechtbaren" Beschluß: „Eine inhaltlich-wertende Auseinandersetzung mit Gegenständen des Studienfaches ... ist ... von der Aufgabenzuweisung (Wahrnehmung der fachlichen Belange durch AStA und Fachschaften) ... nicht erfaßt." Das bedeutet faktisch, daß sich die Studentenschaft mit dem, was gelehrt wird, inhaltlich (egal ob in kritischer oder affirmativer Hinsicht) nicht mehr auseinandersetzen darf. Wie sollen bei einer solchen Vorgabe die studentischen Vertreter, die in universitären Mitbestimmungsgremien über inhaltliche Fragen mitzuentscheiden haben, eigentlich eine begründete Position entwickeln können? Auch ist es ein offensichtlicher Widerspruch, daß man von den fertigen Absolventen, z.B. den HistorikerInnen und LehramtsstudentInnen, erwartet, daß sie sich fachlich angemessen und kritisch mit möglichen geschichtsrevisionistischen Äußerungen zur Zeitgeschichte auseinandersetzen können und damit zur Erziehung und politischen Bildung beitragen, aber ihnen während der Ausbildung eben diese eigenständige kritische Beschäftigung mit historischen Themen verbieten möchte. Dabei maßt sich das Gericht sogar an, Grundsätze zur politischen Bildung, „das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein und die Bereitschaft zur aktiven Toleranz der Studierenden zu fördern", die in NRW Gesetzesrang haben, „lediglich als Zielvorgabe im Sinne eines übergeordneten Leitmotivs" abzuwerten.

Dieses Urteil erlangt besondere Bedeutung, da es sich explizit gegen die Veranstaltungsreihe „Zeitzeugengespräche" richtet, in der Studierenden neue Perspektiven in der Beschäftigung mit den Themen NS-Zeit, Widerstand und Verfolgung eröffnet wurden und werden. Mit einem solchen Beschluß konterkariert das Gericht politische Erklärungen von Bundespräsident Roman Herzog, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, Ministerpräsident Rau und anderen, die eben diese Zeitzeugen mehrfach als wichtige Quelle der Geschichtsvermittlung bezeichnet haben. Das Gericht reiht sich mit diesem Denk- und Diskussionsverbot in aktuelle Bestrebungen der offiziellen Geschichtspolitik ein, nicht genehme Lehrmeinungen auszugrenzen und zu kriminalisieren. Ein deutliches Beispiel dafür ist auch der neueste Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums, in welchem eine bestimmte wissenschaftliche Lehrmeinung, die die Verantwortung von Großindustrie und Kapital für die Machtentfaltung des NS-Regimes in den Mittelpunkt stellt, explizit dem Bereich „verfassungsfeindlich" zugeordnet wird.



„Vorkämpfer" gegen ein politisches Mandat des AStA: Eike Erdel, REP aus Marburg

Zum Glück haben viele antifaschistisch gesinnte Menschen und Organisationen sich gegen dieses Urteil des OVG Münster gewehrt. Es könnte daher möglich sein, daß es gelingt, auf juristischer und politischer Ebene diesen „unanfechtbaren Beschluß" aufzuheben. Dennoch besteht die Notwendigkeit einer Lösung für das Problem des allgemeinpolitischen Mandates der Verfaßten Studentenschaft. So lange auf politischer Ebene keine demokratische Regelung gefunden wurde und Verwaltungsgerichte bereit sind, sich zu ausführenden Organen neonazistischer Kampagnen gegen demokratische Studentenvertretungen zu machen, wird es eine Aufgabe antifaschistischer Kräfte bleiben, den ASten und Fachschaften in ihrem politischen Handeln zur Seite zu stehen.

Abgrenzungsprobleme

Hans Rustemeyer bleibt trotz seiner Teilnahme an den „Runden Tische" Mitglied der „Republikaner". Der REP-Bundesvorsitzende Dr. **Rolf Schlierer** hatte in der Vergangenheit wiederholt den Ausschluß von Teilnehmern der „Runden Tischen" - dem inzwischen gescheiterten Versuch, die extreme Rechte zu koordinieren und sammeln - aus der Partei „Die Republikaner" angekündigt. Rustemeyer hatte mit seiner Beschwerde gegen sein Ausschlußverfahren jedoch Erfolg. Das Bundesschiedsgericht der Partei „Die Republikaner" unter Vorsitz von **Hartmut Koch** entschied zugunsten von Rustemeyer. Dies berichtete das „neurechte" Periodikum „DESG-inform" in seiner letzten Ausgabe. Das Landesschiedsgericht Rheinland-Pfalz hatte zuvor den Ausschluß Rustemeyers aus der Partei beschlossen. Rustemeyer gehörte in der Vergangenheit bereits der „Deutschen Reichspartei", der DVU, den „Unabhängigen Ökologen" und dem Bundesvorstand der NPD an. Publizistisch wirkte Rustemeyer bei den Redaktionen von „Europa vorn" und der „Jungen Freiheit" mit. In der letzten Ausgabe von „DESG-inform" zählt Rustemeyer mit einer Rezension eines Werkes der britischen Rechtspopulisten Sir **James Goldsmith** („Das Buch des Jahrzehnts!") zu den Autoren.

Revanchistentreffen

Ende Mai fand nicht nur das Bundestreffen der „Landsmannschaft Ostpreußen" in Düsseldorf statt. Zu Pfingsten hatte sich auch die „Sudetendeutsche Landsmannschaft" in Nürnberg, die „Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen" in Günzburg, die „Karpartendeutsche Landsmannschaft Slowakei" in Karlsruhe, die „Landsmannschaft der Dobrudscha- und Bulgariendeutschen" in Heilbronn und die „Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen" in Dinkelsbühl getroffen. Laut BdV-Organ „Deutscher Ostdienst" übte man „landsmannschaftlich übergreifend heftige Kritik an der deutsch-tschechischen Erklärung". Zu den Festrednern und Ehrengästen der verschiedenen Treffen gehörten **Edmund Stoiber** (CSU, bayrischer Ministerpräsident), **Johannes Rau** (SPD), **Carl-Dieter Spranger** (CSU, Bundesentwicklungsminister) und **Klaus Kinkel** (FDP, Bundesaußenminister). Vom Sprecher und Bundesvorsitzenden der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" **Franz Neubauer** war in seiner Rede zu hören, daß es „eine Vertreibung der Tschechen 1938 nie gegeben" habe.

Bürgermeister Deckert?

Seine Kandidatur für die Bürgermeisterwahl in Schriesheim nahe Heidelberg hat der NPD-Funktionär **Günter Deckert** in Aussicht gestellt. Nun will der Schriesheimer Hauptamtschef prüfen, ob der einstige NPD-Bundesvorsitzende am 30. November überhaupt wählbar ist. Die Anfang Mai in Kraft getretene Neuregelung des Kommunalwahlgesetzes von Baden-Württemberg sieht entsprechend Paragraph 46 vor, daß Beamte, die durch ein Disziplinarverfahren oder aufgrund einer außergewöhnlich hohen Freiheitsstrafe aus dem Dienst entfernt wurden, nicht mehr wählbar sein sollen. Der heutige NPD-Vize wurde am 9. November 1988 nach langjährigen juristischen Auseinandersetzungen rechtskräftig aus dem Schuldienst entlassen. Deckert kandidierte in der Vergangenheit, zum Teil aus der Haft heraus, in zahlreichen Städten und Gemeinden Baden-Württembergs, insbesondere in der Rhein-Neckar-Region. Zuletzt lagen seine Ergebnisse fast durchweg im Promillebereich.

Sönke Braasch

Freiheitlicher Volksblock

Seit dem vergangenen Jahr ist im süddeutschen Raum mit dem „Freiheitlichen Volksblock" (FVB) eine neue neonazistische Organisation aktiv. Ihren ersten großen bundesweiten Auftritt hatte der FVB im Rahmen der Münchner Demonstration („Unsere Großväter waren keine Verbrecher") am 1. März anläßlich der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944".

Zur Teilnahme an dem rechtsradikalen Spektakel rief auch **Konrad Petraschek**, Bundesvorsitzender des mittlerweile rund 100 Mitglieder starken FVB, auf. Petraschek gehörte zu den Unterzeichnern des im Vorfeld der Demonstration in der NPD-Zeitung „Deutschen Stimme" verbreiteten „Aufruf an den nationalen Widerstand". Rund 70 vorwiegend jüngere Personen marschierten in den Reihen des „Freiheitlichen Volksblocks" durch München. Sie führten eine Reihe von schwarzen Fahnen, die in der braunen Szene „als dem Symbol des volkstreuen Befreiungskampfes" gelten, mit sich.

Bis zur Münchner Großkundgebung vom 1. März trat der FVB vornehmlich im Bundesland Bayern, daneben auch in Baden-Württemberg auf. Anfang 1994 wurde der „Volksblock" in Bayern gegründet. Im Nürnberger Stadtteil Ziegelhausen versuchten im vergangenen Jahr mehrere Aktivisten des FVB, nach Angaben der antifaschistischen Zeitschrift „RABAZ", einen lokalen Brauchtumsverein („Kärwaboum") zu unterwandern. Vergangenen Sommer stand die Übergabe einer Protestnote durch den FVB an den bayerischen Innenminister Günter Beckstein im Mittelpunkt der lokalen Medien. Im September des vergangenen Jahres erwiderte der „Freiheitliche Volksblock" eine Demonstration des „Bündnisses gegen Rechts" mit einer eigenen Demonstrationsanmeldung. Die Kundgebung des FVB und der „Anti-Antifa-Franken" im Nürnberger Stadtteil Ziegelhausen wurde jedoch verboten. Später engagierte sich der FVB auch in einem „Bündnis gegen das KOMM", dem linken Nürnberger Kommunikationszentrum. Im Februar dieses Jahres meldete der FVB eine Protestkundgebung in Magdeburg nach der Ermordung eines jugendlichen Punkers durch Rechte unter dem Motto „Rotfront- und Antifa-Terror verhindern - Gegen linke Gewalt" an. Der jüngste Auftritt fand im Mai in der schleswig-holsteinischen Kreisstadt Bad Segeberg statt. FVB-Führer Petraschek fungierte neben **Thomas Wulff** (37) und **Ingo Stawitz** (47) als Redner einer neonazistischen Kundgebung.

Zu den Mitgliedern des „Freiheitlichen Volksblocks" zählen auch ehemalige Aktivisten verschiedener, Anfang der 90er Jahre verbotenen, neonazistischer Organisationen. Der Nürnberger **Thomas Scharf** gehörte der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front" an. Konrad Petraschek (27) aus dem bayerischen Neu-Ulm war zuvor bei der seit Juli 1993 illegalen „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands" (HVD) aktiv. Die in Baden-Württemberg und in Bayern aktive HVD wurde von den vorbestraften Neonazis **Andreas Rossiar** (30) und **Dirk Plankenhorn** (28) sowie von **Karin Bächtle** geführt. Gegründet wurde die „Heimattreue Vereinigung" im Dezember 1988 und unterhielt ihren Sitz in Lichtenstein (Kreis Reutlingen). Die HVD ist eine Abspaltung der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) bzw. der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF), die in Metzingen (Kreis Reutlingen) eine „Kameradschaft" des „Gau Baden-Württemberg" unterhielt. Gruppen der „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands" bestanden in Reutlingen, Esslingen, Göppingen, Ulm, Nürtingen (Kreis Esslingen), Böblingen, Konstanz, Schwarzwald-Baar-Kreis und „zwei Kreisverbände im Nürnberger Raum", so Rossiar und Plankenhorn nach dem HVD-Verbot in einem Interview mit dem Reutlinger „Schwäbischen Tagblatt". Die Schwerpunkte und Aktivitäten des „Freiheitlichen Volksblocks" überschneiden sich mit den einstigen Stützpunkten der HVD-Gruppen. Aus der bayerischen Hälfte der Grenz- und Doppelstadt Ulm/Neu-Ulm stammt der FVB-Führer Petraschek, wo er auch eine Postfachadresse unterhält. In Göppingen befindet sich, so der aktuelle Verfassungsschutzbericht der Hansestadt Hamburg, der Sitz des FVB. In Nürnberg, wo den baden-württembergischen Behörden zufolge der Sitz der Organisation ist, läßt sich bislang der Schwerpunkt der Aktivitäten des braunen „Blocks" nachweisen, für den auch im „Braunauer Ausguck" des einstigen FAP-Landesvorsitzenden von Niedersachsen, **Karl Polacek** (63), geworben wird. Bis Ende 1995 erschien der „FVB-Spiegel" als Monatsperiodikum. Seither wurden nur noch „anlaßbezogen zu verschiedenen Veranstaltungen Einladungen, Pressemitteilungen, Flugblätter, Werbeschriften, Schulungsunterlagen, Informationsblätter, Aufkleber usw. herausgegeben", so der CDU-Landesinnenminister von Baden-Württemberg in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten Michael Jacobi (GRÜNE).



Neonazis unter schwarzen Fahnen: Anhänger des FVB auf der „Anti-Wehrmachtsausstellungs-Demo" in München" am 1.3.1997

Der „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands" gehörten zeitweilig bis zu 100 Mitglieder an, vor dem Verbot nur noch, so offizielle Angaben, „etwa 30 Mitglieder und eine größere Anzahl von Sympathisanten". Als Publikationen erschienen sogenannte „Schulungsblätter" und, monatlich, „Der Presseblick". Daneben vertrieb die konspirativ arbeitende Gruppe unter dem Namen „Germania-Versand" T-Shirts, Tonträger, Bücher und Aufnäher. Bei einer Sommersonnwendfeier der HVD im Elsaß - wo es mit der ebenfalls 1993 verbotenen „Heimattreuen Vereinigung Elsaß" eine Schwesterorganisation gab - im Juni 1992 war neben **Michael Hammer** (24) und **Rainer Baber** (25), der beim „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch" in Luxemburg 1994 zusammen mit weiteren ehemaligen Mitgliedern der HVD verhaftet worden war, auch der heutige FVB-Führer Petraschek anwesend. Der Sänger und Kopf der Band „Noie Werte", Hammer, fand von der 1991 gegründeten „Deutschen Reichsjugend" (DRJ) - er war einer der Stellvertreter des DRJ-Vorsitzenden **Gunther Boschütz** (27) - zur HVD. Im November 1994 scheiterte die Gründung einer „Stuttgarter Kameradschaft", an der auch ehemalige Mitglieder der HVD teilnahmen. Wenige Wochen später beteiligten sich Rossiar, Bächtle und weitere ehemalige HVD-Mitglieder in Madrid an den Veranstaltungen anläßlich der Todestage von Spaniens Ex-Diktator Francisco Franco und des spanischen Falange-Gründers Jose Antonio Primo de Rivera. In Baden-Württemberg zählen derzeit 25 bis 30 Personen zum „Freiheitlichen Volksblock".

Vor wenigen Wochen sprach das Reutlinger Amtsgericht Konrad Petraschek vom Vorwurf des Verstoßes gegen das Waffengesetz frei. Der FVB-Bundesvorsitzende Petraschek war Ende August 1996 in Lichtenstein (Kreis Reutlingen), dem ehemaligen Sitz des HVD-Hauptquartiers, mit neun weiteren „Kameraden" aus Bayern von der Polizei kontrolliert worden. Dabei führte der im Radio- und Fernsehhandel als Selbständiger tätige Petraschek einen Teleskop-Schlagstock mit sich. Da in Baden-Württemberg solch ein Schlagwerkzeug im Unterschied zu anderen Bundesländern nicht strafbar ist, mußte die zuständige Richterin den Angeklagten zu ihrem Bedauern freisprechen.

Horst Freires

Nazi-Aufmarsch in Bad Segeberg

Der Landrat des Kreises Segeberg, dessen Kreisordnungsbehörde, der Verfassungsschutz als Behörde des Innenministeriums und nicht zuletzt die Polizei müssen sich gefallen lassen, dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, im schleswig-holsteinischen Bad Segeberg ein zweites Fulda ermöglicht zu haben.

Hintergrund dazu: Der Aufmarsch von Neonazis zum Andenken an Rudolf Heß 1995; diesmal marschierte die „Szene" rund um den Freiheitlichen Volksblock (FVB) mit knapp 250 Aktivisten in der Karl-May-Festspielstadt.

Die Aktion vom 24. Mai 1997 war offenbar von langer Hand bestens vorbereitet. Zunächst ließ man in Plön für die „Fissauer Kameradschaft" aus Eutin eine Demonstration anmelden. Als dies verboten wurde, trat ein FVB-Vertreter mit dem gleichen Anliegen an den Kreis Plön heran. Nach abermaligem Verbot und einem Scheitern vor dem Verwaltungsgericht Schleswig war Plön für die Neonazis tabu. Für die „Fissauer Kameradschaft" trat **Sven Lörchner** (23) aus Eutin in Erscheinung. Er soll Verbindungen zur FVB haben und ist als Nazi-Skin vor Ort bekannt - wohl auch deshalb das Verbot.

Zeitgleich hat sich bei der Behörde in Bad Segeberg **Thekla Kosche** (28) um die Genehmigung einer Demonstration unter dem Motto „Gegen die Einführung des Euro - gegen EG-Mißwirtschaft und Arbeitslosigkeit" bemüht. Die Betreiberin der Neonazi- Mailbox Asgard BBS aus Bad Segeberg gab dabei die voraussichtliche Teilnehmerzahl mit 40 bis 50 Personen an. Ihr Anliegen wurde positiv beschieden - die Neonazis hatten damit ihren Aufmarschort! Während sich die Genehmigungsbehörde in Plön Instruktionen und Informationen aus dem Verfassungsschutzamt und Innenministerium holte und in der Konsequenz dann zu einem Verbot kam, erfolgte dies trotz Rücksprache mit dem Ministerium und der Behörde in Kiel nicht, obwohl über Kosche - auf der Demo mit dem Fahrrad unterwegs - eigentlich ausreichend Erkenntnisse hätten vorliegen müssen. Bei der Anmeldung der Demonstration erklärte sie, daß „man" bei den nächsten Wahlen als Wählergemeinschaft bzw. als Wählerbündnis auftreten wolle. Für die Veranstaltung konnten die Neonazis also beruhigt bundesweit mobilisieren. Dem einmaligen Aufruf über das Nationale Infotelefon Mitteldeutschland in Gotha/Thüringen folgten Kader aus Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Hamburg, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Berlin, Bayern, Thüringen und Schleswig-Holstein. An der Spitze fungierte dabei der FVB, der uniformiert auftrat und die von der NPD-Demonstration in München (März) bekannten Transparente zeigte. Für den FVB redete **Konrad Petraschek**. Weitere Ansprachen auf der Kundgebung hielten **Thomas Wulff** (einst Vorsitzender der verbotenen Nationalen Liste Hamburg) und **Ingo Stawitz** (Uetersen/NPD). Die beiden letzteren waren damit bei allen größeren Neonaziauftritten in Schleswig-Holstein seit neun Monaten gemeinsam in „vorderster Front" aktiv. Daß es sich um eine abgesprochene Taktik in Sachen Plön/Bad Segeberg handelte, das bestätigte **Tobias Thiessen** aus Henstedt-Ulzburg (Patriotische Jugend), verantwortlich für die jüngste Ausgabe des „Hamburger Sturm".

Da die Teilnehmer des Nazi-Spuks fast durchweg uniformiert auftraten, plädierten einige Polizeibeamte bei ihren Vorgesetzten für eine vorzeitige Auflösung des Umzugs durch die Innenstadt. Beim Einsatzleiter der örtlichen Polizeiinspektion fanden sie damit jedoch kein Gehör. Dabei wird der Verstoß gegen das im Versammlungsgesetz aufgeführte Uniformierungsverbot (Ausdruck gemeinsamer politischer Gesinnung mit dem Tragen von Uniformen oder gleichartigen Kleidungsstücken) offenkundig. Einer der wenigen couragierten Polizeibeamten trat mit seiner Auffassung sogar vor die TV-Kamera und trug seinen Gewissenskonflikt in die Öffentlichkeit. Er kassierte dafür einen innerdienstlichen „Anpfiff" - seine Vorgesetzten und die Innenbehörde forderten von ihm eine Stellungnahme. In der Sitzung des Rechts- und Innenausschusses im Kieler Landtag wurden kritische Stimmen bezüglich eines „zweiten Fulda" vom Innenminister Ekkehard Wienholtz (SPD) abgebügelt. Er räumte den Polizeistrategen vor Ort einen Ermessensspielraum in ihrer Entscheidung ein und stärkte den Führungskräften damit den Rücken. Leider blieb auf dieser Sitzung des parlamentarischen Gremiums auch ungeklärt, weshalb in Segeberg Wasserwerfer und mehrere in Bereitschaft stehende Polizei-Hundertschaften zugegen waren, wenn man im Vorwege doch nur mit einer kleinen, harmlosen Demonstration von 40 bis 50 Protestlern (nach der genehmigten Anmeldung) gerechnet hatte. Bis heute konnte auch nicht geklärt werden, ob die Kreisbehörde in Plön alle anderen zuständigen Kreise in Schleswig-Holstein von ihrer Verbotsverfügung in Kenntnis gesetzt hat oder nicht. Anfragen in Plön und Bad Segeberg dazu wurden nicht beantwortet. Immerhin hatte der Landessprecher der GdP, Karl-Hermann Rehr, diese Information.

Nach Beendigung der Neonazi-Zusammenrottung im Kurort trafen die Rechtsaußen sich übrigens noch zu einem „Liederabend mit dem Grevesmühlener **Daniel Eggers** in einer nahegelegenen Lokalität. Dieser trat am 8. März bei der Jahreshauptversammlung der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige" (HNG) auf. Er stand zuletzt dem „Hamburger Sturm" in einem Interview zur Verfügung.

„Bündnis Rechte" will zu neuen Ufern aufbrechen

Für die Kreisstadt Stade bei Hamburg geriet ein Treffen von Rechtsradikalen zum Politikum. Die Stadtoberen hätten es lieber gesehen, daß sich „Freie Nationalisten", „Republikaner" und NPD'ler in städtischen Räumen ungestört treffen können. Antifaschistische Proteste stören das Image, nicht etwa Neonazis.

Ähnlich wie bereits in Schleswig-Holstein wollen Skinheads, militante Jung-Faschisten und alte Kameraden gemeinsam in ein Boot steigen, um bei den niedersächsischen Landtagswahlen im kommenden Jahr gemeinsam die 5%-Klippe zu umschiffen. Auf Landesebene soll das wiederholt werden, was im Kreis Stade Erfolg hatte: Kurz vor den Kommunalwahlen 1996 hatten NPD'ler, „Republikaner" und „Parteilose" die „Wählergemeinschaft Bündnis Rechte" gegründet und ein Mandat im Stader Kreistag erzielt. Dort sitzt seitdem der NPD'ler **Peter Brinkmann**.

Doch nicht nur die Region an der Unterelbe, nein, Niedersachsen und ganz Deutschland sollen an „rechten Bündnissen" genesen. So machen sich Dr. **Nikolaus Marx**, Professor an der technischen Universität Hamburg-Harburg und der frühere REP-Funktionär **Heinz König** für ein „Bündnis für Deutschland" stark, das im Umfeld des „Bund für Gesamtdeutschland" eine „Kräfte-Bündelung für die Bundestagswahl 1998" sucht. Um dieses für das nördliche Niedersachsen zu koordinieren, organisierten **Karin König** (REP) und der langjährige NPD-Funktionär **Fritz-Ulrich Bundt** eine Veranstaltung mit **Pierre Krebs**, vom „Thule-Seminar". Für dieses Treffen in Stade wurde bundesweit über das „Thule-Netz" geworben. Krebs sprach bereits im März 1997, gemeinsam mit dem früheren Vorsitzenden der verbotenen „Nationalen Liste", **Thomas Wulff**, vor dem „Landeskongreß des nationalen Widerstands" in Schleswig-Holstein.

Bei den Betreibern der städtischen Stadthalle, dem „Stadeum", herrschte Ahnungslosigkeit oder grenzenlose Naivität darüber, wen sie sich da ins Haus holten. Das sollte sich bald ändern: Antifaschisten der VVN-BdA informierten Presse und Lokalpolitiker. Mit allen Mitteln versuchte die Stadt nun, die Veranstaltung zu verhindern - vergeblich. Das Stader Amtsgericht bestätigte den Mietvertrag, das Verwaltungsgericht Stade und das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg hoben ein von der Stadt ausgesprochenes Verbot auf. Die Stadt argumentierte mit „autonomen Horden", die über Stade herfallen könnten und nicht politisch gegen die Rechtsradikalen.

Trotzdem wurden die Veranstalter enttäuscht: Statt der erwarteten 100 kamen nur etwa 40 „Gäste". Aber: Das „Bündnis Rechte" verfügt anscheinend über ausreichende Geldmittel. Denn das Treffen im „Stadeum" war nicht das erste mit (bezahlter) Prominenz. Man wird die Aktivitäten der „Wählergemeinschaft" im Auge behalten müssen - insbesondere im Hinblick auf überregionale Bündnis-Bestrebungen.

Henning Badera

Peter Gröger

Hetendorf und kein Ende?

Vom 14. bis zum 22. Juni fand sie nun doch statt - die „7. Hetendorfer Tagungswoche". Eingeladen hatte Jürgen Rieger im Namen der „Artgemeinschaft", des „Familienwerk e.V.", der „Gesellschaft für biologische Anthropolgie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.", des „Nordischen Ring e.V.", der „Northern League" und natürlich des „Heide-Heim e.V." Seit Jahren versammeln sich einmal jährlich in dem kleinen Ort Hetendorf in der Lüneburger Heide alte und junge Nazis zu einer Tagungswoche mit Vorträgen, Kulturprogramm und Sonnenwendfeier. In diesem Jahr hätte es fast nicht geklappt.

Am 2. Juni teilte das niedersächsische Innenministerium der Presse mit, daß die diesjährige Hetendorfer Tagungswoche verboten wird. Verbote von faschistischen Veranstaltungen, sollten sie denn ausgesprochen werden, werden in der Regel mit der Gefährdung der allgemeinen Sicherheit und Ordnung durch zu befürchtende Auseinandersetzungen mit GegendemonstrantInnen begründet. Das Verbot der „Hetendorfer Tagungswoche" wurde im Gegensatz dazu erstaunlich politisch begründet. So heißt es zum Beispiel in der Presseinformation des niedersächsischen Innenministeriums: „Wie ein Sprecher des Innenministeriums am Montag in Hannover erklärte, werde seit Wochen für die Tagungswoche in einschlägigen Publikationen und dem Internet geworben ('Wir rufen deshalb alle aktiven Kräfte der Bewegung auf!'). Den beteiligten Stellen sei es gelungen, gerichtsverwertbare Erkenntnisse über die Inhalte dieser Tagungswoche zu gewinnen. Danach stehe fest, daß von den bei diesen Veranstaltungen regelmäßig auftretenden Rednern unter dem Deckmantel abstrus-antichristlicher, nordisch-germanischer Kulte, verquaster Rassenideologie und des Sonnwendfeuer Straftaten begangen worden sind. Das NS-Regime werde verherrlicht, die Judenvernichtung geleugnet, Rassenhaß betrieben, sagte der Sprecher."

Jürgen Rieger, 2. von links, und junge Neonazis am Heideheim

Und weiter heißt es. „Hinzu komme, daß bei der letztjährigen Tagungswoche Tagungsteilnehmer nach eigenem Bekunden im sog. Thule-Netz, einem dem rechten Spektrum zuzurechnenden Mail-Box-System, bewaffnet waren und Gegendemonstration beispielsweise mit Zwillen beschossen hätten.

Der Sprecher sagte, ein Verbot dieser Veranstaltung sei deshalb zwingend geboten. Diese Maßnahme stelle einen weiteren rechtlichen abgesicherten Schritt zur endgültigen Schließung dieses rechtsextremistischen



Sonnenwendfeuer in Hetendorf im Juni 1997 (Fotos:Blendwerk)

Treffpunkt dar. Die Schließung sei erklärtes Ziel des Niedersächsischen Innenministeriums und der Weg dazu seit 1994 mit der Initiative zum Verbot der Wiking-Jugend und der FAP bestritten worden."

Diese Erkenntnisse sind zwar nicht unbedingt neu gewesen. Antifaschistische Gruppen und Organisation kämpfen seit mehr als 10 Jahren gegen das Nazi-Zentrum in Hetendorf und die veröffentlichten Informationen über das Treiben der Faschisten rund um das „Heideheim" dürften inzwischen mehrere Aktenordner füllen.

Aber gut. Wenn das niedersächsische Innenministerium endlich auch zu der Erkenntnis gekommen ist, daß „Hetendorf Nr.13" als Nazi-Treffpunkt geschlossen werden muß, sollte man sich nicht beschweren.

Die Verbotsverfügung, die vom Landkreis Celle ausgesprochen worden war, wurde jedoch am Abend des 13.6.97 auf Initiative von **Jürgen Rieger** durch das Oberverwaltungsgericht Lüneburg wieder aufgehoben. Zur Begründung führte das OVG an, es gebe nicht hinreichend Anhaltspunkte, daß es während der Tagungswoche zu rechtsextremen Straftaten wie Volksverhetzung, Leugnung des Holocaust oder Verherrlichung des Hitlerregimes komme. Diese Begründung stieß auf heftige Kritik in der örtlichen und überregionalen Presse sowie bei den Politikern des Landkreises: „Das ist eine unhaltbare Begründung. Da hat man partout etwas gesucht", sagt der Celler Kreisrat Gerhard Probst kopfschüttelnd. Bei den Vereinen, die offiziell als Veranstalter auftreten, sei Rieger im Vorstand, bei vieren sogar Vorsitzender. (nach „Hamburger Abendblatt" vom 16.6.1997)

So konnte denn die Tagungswoche beginnen. Neben täglichen Arbeitseinsätzen, die auf einen maroden Zustand des Anwesens schließen lassen (zur Zeit wird übrigens wieder ein Hausmeister gesucht!), war ein umfangreiches Programm vorgesehen. Höhepunkt der Tagungswoche war dann in der Nacht zum 21. Juni die Sonnenwendfeier mit „Feuerrede" und „fröhlichem Abend um den Metkessel mit Volkstanz, Singen und Beiträgen der Gefährten".

Insgesamt nahmen etwa 200 Faschisten an der diesjährigen Tagungswoche teil. Besonders hervorstechen tut dabei in diesem Jahr der weit überproportional große Anteil von jungen und sogar jugendlichen TeilnehmerInnen. War die Tagungswoche in ihren ersten Jahren eher eine Runde älterer Herrschaften, die zum großen Teil schon während der NS-Zeit lebten, hat sich das Bild inzwischen gewandelt. Die älteren Faschisten scheinen sich durch die Aktivitäten der AntifaschistInnen von der Teilnahme abschrecken zu lassen - dafür lokken die vielen zu bewältigenden „Sicherungsaufgaben" und die Aussicht auf eine Konfrontation mit den AntifaschistInnen mehr und mehr junge Neonazis an.

Bedenklich für das „Bündnis gegen Rechts", das seit 1995 kontinuierlich den Widerstand gegen „Hetendorf Nr. 13" organisiert: Ein großer Teil dieser Neonazis kam direkt aus dem Landkreis Celle - unter ihnen der jetzt dort beheimatete frühere Kroatiensöldner **Michael Homeister**. Die zweite größere Gruppe war die um **Thomas Wulff** und **Thorsten Bärthel** aus dem Hamburger Raum. Aus dem Berliner Umland reisten u.a. **Uli Boldt**, **Jan Gallasch** und **Alexander Scholz** aus dem Umfeld der früheren „Nationalistischen Front" an.

Die „7. Hetendorfer Tagungswoche" konnte nach der Aufhebung des Verbots also stattfinden. Ungestört waren die Faschisten aber nicht. Von Anfang an waren sie mit vielfältigen antifaschistischen Aktivitäten seitens des „Bündnis gegen Rechts" und des „Hermannsburger Arbeitskreises gegen Hetendorf Nr. 13" sowie von örtlichen Kirchengemeinden, Anliegern und Lokalpolitikern konfrontiert.

Leserbrief

Liebe KollegInnen !

Es ist gut, daß es den „Rechten Rand" gibt. Aus jeder Ausgabe kann Erstaunliches gelernt werden. So erfahre ich aus der letzten (Nr.46): „Am deutschen Wesen ist die Welt schon zweimal verreckt - sie wird es wieder tun." (Rezension von Samuel Salzborn, S.23), und daß wegen der deutschen Geschichte der französische Nationenbegriff abzulehnen ist. Selbst wenn wir die Kleinigkeit vernachlässigen, daß glücklicherweise die Welt nicht „zweimal verreckt" ist durch den Nationalismus der Deutschen, sondern sie letztlich auf dem blutigen Weg zu diesem Ziel zweimal fürchterlich etwas auf die Schnauze bekommen haben, so bleibt doch der Umstand, daß der französische General **Pierre Gallois** in seinem Nachwort zu „Von Krieg zu Krieg" selbstverständlich nicht auf den *völkischen deutschen* Nationenbegriff positiv Bezug nimmt, sondern auf den *französischen*, wonach die Nation ein „sich täglich wiederholendes Glaubensbekenntnis" sei, also eine von *Werten* und nicht vom *Blut* abhängige Größe. Im vorliegenden Fall sind dies die Werte: Freiheit, Gleichheit, Solidarität - die der Französischen Revolution. (...)

Pierre Gallois ist Militär, und er ist Gaullist. Als Gaullist tritt er selbstverständlich für das alte Konzept eines „Europa der Vaterländer" ein. Also für ein europäisches Europa, nicht für ein deutsches. Dies macht ihn naturgemäß zum Gegner der verdeckten deutschen Außenpolitik. Seinen eigenen Nationalismus muß er dazu nicht ablegen. Dieser Nationalismus, der stets Europa im Blick hat, macht ihn erstens zum außenpolitischen Gegner der USA und damit auch zum Gegner der deutschen atlantischen außenpolitischen Orientierung. Dies macht Gallois zweitens zu einem natürlichen Bündnispartner der „Neuen" Rechten. Bereits 1976 wurde sein Buch „Adieux aux Armées" intensiv in der Zeitschrift „Nation armée" des CLOSOR, der militärischen Suborganisation des GRECE diskutiert. Im Themenheft „Strategies?" der Theoriezeitschrift „Krisis" (Nr. 10/11) des „neu"rechten Vordenkers **Alain de Benoist** kommt Gallois in einem langen Interview zu Wort. Zu seinen damaligen Mitautoren gehörten neben Alain de Benoist, **Carl von Clausewitz** und **Carl Schmitt** u.a. auch der österreichische neofaschistische General **Heinrich Jordis von Lohausen**. Mit diesem teilt Pierre Gallois die geopolitische Ausrichtung (vgl. sein Buch „Géopolitique. Les voies de la puissance", Paris: Plon 1992) in Nachfolge des deutschen Generals **Karl Haushofer**. Haushofer wiederum war eine zentrale Person im Verein für das Deutschtum im Ausland, der von den Autoren von „Von Krieg zu Krieg" berechtigt heftig kritisiert wird. Es bilden sich also seltsame Allianzen um das Bändchen, die durchaus Anlaß zum Nachdenken bieten. Nur sieht Euer Rezensent dies leider nicht, da er sich ausschließlich auf den Begriff der „Nation" stürzt, letztlich also national borniert vorgeht, und nicht nach den Gründen für bestimmte Argumentationsmuster des französischen Generals fragt.

Doch es kommt noch schlimmer. Gallois ist nämlich auch Gründungsmitglied des 1982 ins Leben gerufenen „Institut international de géopolitique", das vierteljährlich die luxuriös gestaltete Zeitschrift „Géopolitique" herausgibt. Weitere Gründungsmitglieder neben zahlreichen führenden Politikern, Managern, Bankiers, Wissenschaftlern und Militärs sind u.a.: **Samuel Huntington**, dessen These vom „Krieg der Kulturen" gerade Aufsehen erregt, der ehemalige US-amerikanische Sicherheitsberater **Brzezinski**, der ultrakonservative Herausgeber der Zeitschrift „National Review" **William Buckley** und sein ebenso ausgerichteter Kollege von „Commentary" **Norman Podhoretz**, der ehemalige US-Verteidigungsminister **James Schlesinger** oder der ehemalige US-Stabschef Admiral **Moorer**. Zu den Gründern gehört als einer von nur zwei Deutschen auch der verstorbene neofaschistische Professor und General **August Freiherr von der Heydte** gemeinsam mit dem „neu"rechten Professor **Pierre Béhar** (Uni Saarbrücken) und dem belgischen General **Robert Close**, einem langjährigen Spitzenfunktionär der World Anticommunist League. Bei dieser Einbindung ist es nicht erstaunlich, daß Pierre Gallois als Bündnispartner gegen deutsche Großmachtgelüste zur Verfügung steht. Fraglich sollte doch wohl aber sein, ob uns solche Bündnispartner willkommen sein können. Gerade vom „Rechten Rand", der in seinem Aufruf zur „antifaschistischen Offensive" gefordert hatte, jegliche Zusammenarbeit mit der extrem Rechten zu unterlassen, hätte ich eine Problematisierung dieser Umstände erwartet. Der Kollege Salzborn hat den Nationenbegriff für wichtiger gehalten. Schade.

Eine letzte Moserei noch: **Alfred Ardelt** ist nicht, wie von Euch behauptet (S.15), stellvertretender Landesvorsitzender des Bund der Vertriebenen in Niedersachsen. Im Mai 1996 hat er für dieses Amt nicht erneut kandidiert.

Mit durchaus freundlichen Grüßen
Jean Cremet

Zeit war's

Am Freitag, den 18.April 1997 verstarb in Stuttgart der Ehrenpräsident des „Bundes der Vertriebenen" (BdV) Dr. **Herbert Czaja** im Alter von 82 Jahren. Czaja war zuvor fast 25 Jahre als Präsident des BdV aktiv und amtierte als Sprecher der „Landsmannschaft der Oberschlesier" (LdO). Er vertrat die Auffassung, daß die „Vertriebenen" „nicht mit der westdeutschen Bevölkerung verschmelzen dürften" sondern „heimatfähig bleiben" müßten. **Fritz Wittmann**, derzeitiger BdV-Präsident, führte in seiner Mitleidsbekundung weiter aus, daß nach Czaja „die Eigenarten ihrer Stämme (der „Vertriebenen"; Anm. d. Red.), ihre Sitten, ihr Brauchtum, ihre Gewohnheiten erhalten bleiben und weitergelebt werden müßten".

Um den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten trauerten auch **Rita Süssmuth** und **Helmut Kohl**, der meinte, Czaja hätte „jeden Gedanken an Haß und Vergeltung entschieden" abgelehnt und er hätte dazu beigetragen, daß „unsere Nachbarn und Partner dem Friedens- und Freiheitswillen der Deutschen uneingeschränkt vertraut" hätten. Czaja dokumentierte dies schon früh durch seinen Kampf gegen die Ostverträge und gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze. „Die deutsche Frage voll offenzuhalten und möglichst viel von Deutschland zu retten" war denn auch Czajas stets zu vernehmender Ruf, den Kohl nicht hätte treffender charakterisieren können.

Umzug

Die neonazistische Kleinstorganisation „Deutscher Jugend Bund" (DJB) gibt in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Widerstand. Die Zeitung der volkstreuen Deutschen" eine neue Anschrift bekannt. Von Werdohl, **Holger Stenzel** zeichnet hier verantwortlich, ins nahe Lüdenscheid wird die Postfachanschrift des DJB verlegt. Geworben wird für den DJB vor allem im Lüdenscheider „Widerstand". Bereits im 3. Jahrgang erscheint der „Widerstand" der ehemaligen Kader der verbotenen „Nationalistischen Front", **Harald Theodor Mehr** (26) und **Stefan Haase** (28). Die beiden Betreiber des „Donner-Versandes" wurden im vergangenen Jahr zu Bewährungsstrafen wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt. Anlaß des Verfahrens war der Vertrieb u.a. des Videobandes „Staatsfeind Nr.1" des inzwischen verstorbenen Revisionisten **Thies Christophersen**. Interviewpartner der sechsten Ausgabe des „Widerstand" ist der NPD-Bundesvorsitzende **Udo Voigt** (45). Dabei bietet Voigt autonomen Kameradschaften eine Kooperation an, sofern sie „daran arbeiten, sich als Systemalternative zu sehen und deren Grundlage ein nationalistisches Weltbild ist und ernsthaft daran arbeiten wollen, fordern wir zur Mitarbeit in der NPD auf."

In der Vergangenheit fiel der DJB ausschließlich durch seine Propagandaarbeit auf. Die Funktion des DJB besteht darin, bundesweit „autonomen Kameradschaften" - den neonazistischen Zellen - und Einzelpersonen Propagandamaterial zur Verfügung zu stellen. Die kanarienvogelgelben Aufkleber werden im gesamten Bundesgebiet verklebt.

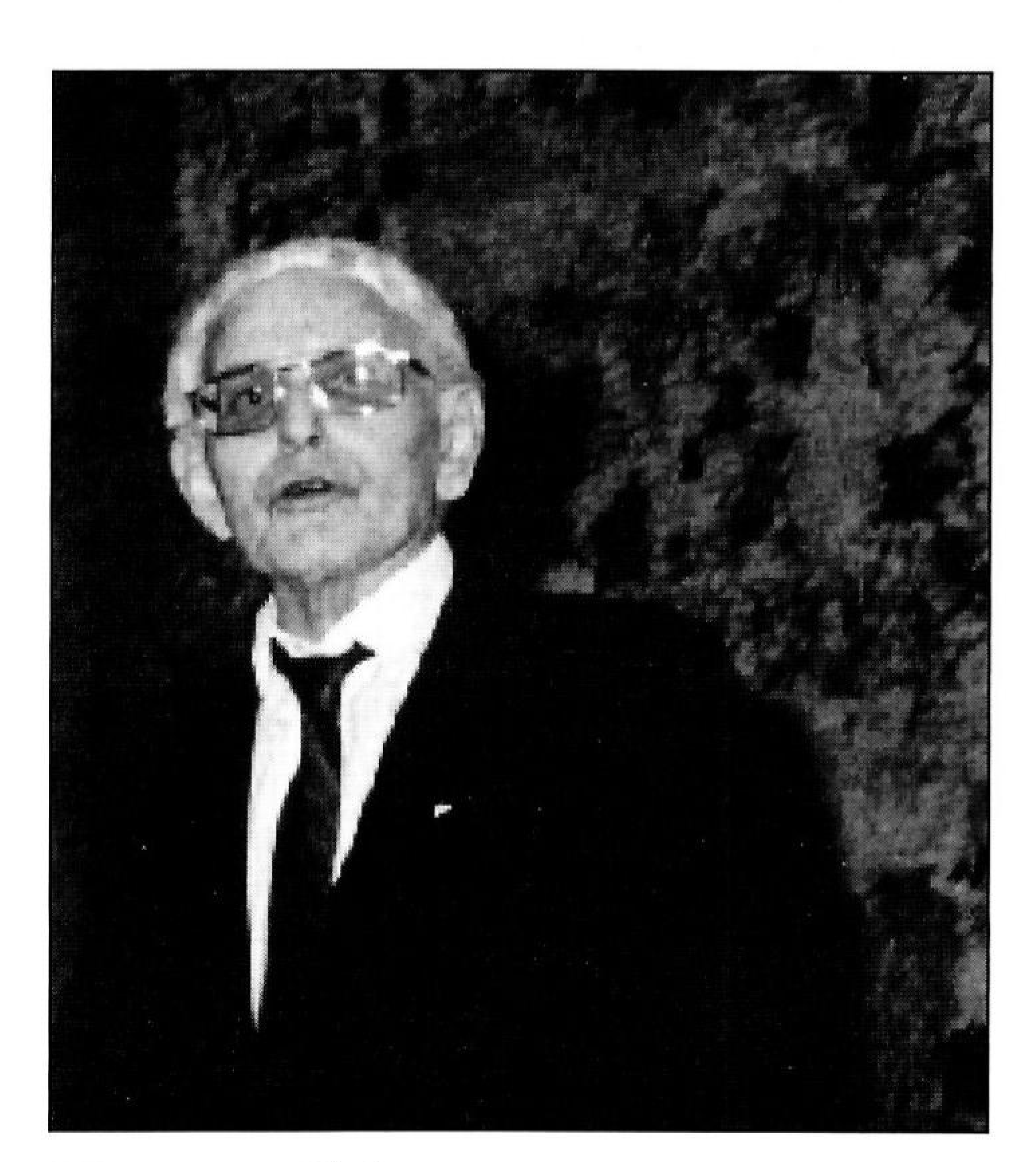
Sebastian Schwarz

„Kultur-Konservative-Messe" in Bad Hersfeld

Geschlossene Veranstaltung im Sinne des VPM

Vom 30.05 bis 01.06.97 fand in Bad Hersfeld die zweite sogenannte „Kultur-Konservative-Messe" statt. Organisiert wurde die Messe vom Bielefelder Verein „Konservative Kultur und Bildung e.V." sowie von dem von ihm betriebenen „Konservativen Büro" aus Bielefeld. Der Begriff Messe ist aber in diesem Fall irreführend. Ein Blick in das Messeprogramm zeigt, daß es sich bei der Veranstaltung eher um den bundesdeutschen Ableger des Kongresses der „Europäischen Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik", der in der Regel in Österreich stattfindet, zu handeln scheint.

So fand neben der Messe als solches ein ausführliches Rahmenprogramm statt. Die Themen, Moderatoren und Referenten lassen die Nähe der Veranstaltung und der Veranstalter zum „Verein zur psychologischen Menschenkenntnis" (VPM) nicht nur erahnen, sondern bestätigen sie überdies auch. Neben dem Vorsitzenden des „Konservative Kultur und Bildung e.V."(KKB) **Werner Roth**, der



Dieter von Glahn

übrigens auch auf dem „Mut zur Ethik"-Kongreß auftrat, war **Maike Buß** aus Hannover für die Messeleitung zuständig. Maike Buß ist Mitglied im „Studentenforum Hannover" (VPM-Hochschulschulorganisation) und kandidierte bei den Wahlen 1997 für das hannoversche Studentenparlament. Außerdem ist sie bei der „Konservativen Sammlung" in Hannover aktiv, die mitsamt ihres Vorsitzenden **Dieter von Glahn,** ebenfalls zu den Mitveranstaltern des „Mut zur Ethik" Kongresses zählt. Mit **Klaudia Kruck-Schaer** moderierte eine weitere VPM-lerin aus Hannover auf der Messe. Dazu kam, daß sich neben dem VPM selber eine ganze Anzahl von weiteren VPM-nahen Organisationen auf der Messe vorstellten. Darunter u. a.: die „Europäische Ärzteaktion", die „Aids Aufklärung Schweiz" sowie mit „Zeitfragen" die VPM-Hauszeitung. Darüber hinaus nahmen an der Messe vor allem Organisationen aus dem evangelikalen und katholischen wertkonservativen Spektrum und dem „Lebensschützerbereich" teil. Außerdem war vertreten der „Convent Deutscher Akademikerverbände" (CDA).

Der CDA ist ein Zusammenschluß von ca. 770 Altherrenschaften und mit ca. 90.000 Mitgliedern die bedeutendste Organisation im Bereich der Burschenschaften.

Wie bereits erwähnt, nahmen einen großen Teil des Messeprogramms Diskussionsforen ein. Dabei trat das „who is who" des rechtskonservativen und „neurechten" Spektrums auf. Das Einführungsreferat hielt **Lothar Bossle**, über Kultur durfte **Caspar von Schrenck-Notzing** referieren und über den Themenbereich Nation und Wirtschaft sollte der unsägliche Pater **Lothar Groppe SJ** einen Vortrag halten. Nicht fehlen dufte natürlich das Standardtthema auf solchen Veranstaltungen, „Political Correctness", beleuchtet von **Klaus Hornung** dem anschließend im Kulturteil natürlich **Klaus Rainer Röhl** mit einer Lesung folgte. Der Beitrag Hornungs gehörte übrigens in das Themen-Forum Demokratie. Mit selbiger taten sich die Veranstalter allerdings schwer. So hieß es bereits im Programm, daß lediglich „eingeladene Aussteller, Messebesucher und Gäste des christlich-wertkonservativen Kulturspektrums im deutschsprachigen (!) Raum" willkommen sind. Der „Presserunde des Veranstalters mit Medienvertretern" durfte auch nur mit gesonderter Einladung gefolgt werden. Alles ganz so, wie schon auf den „Mut zur Ethik"-Kongressen erprobt. Oder wolllte man etwa nur der Öffentlichkeit Aussagen der „Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände e.V.", welche ebenfalls mit einem Messestand vertreten war, ersparen. In der Selbstdarstellung der Arbeitsgemeinschaft heißt es: „Die Soldaten der Kriegsgeneration werden zur Zeit angegriffen, geschmäht, beleidigt." Und weiter unten: „Kaum jemand weiß noch oder spricht darüber, daß es die Wehrmacht war, die Westeuropa vor der Roten Armee und der Diktatur des Kommunismus bewahrt hat." (im Original unterstrichen; Anm. d. V.). Da wundert es dann auch nicht mehr, daß man sich dem Ziel, „geschichtliche Wahrheit über die Kriegsgeneration" zu verbreiten, verschrieben hat. Die Arbeitsgemeinschaft ist übrigens beim Finanzamt Stuttgart als gemeinnützig anerkannt.



Maike Buß, „kultur-konservative" Messe-Organisatorin aus Hannover

Hausdurchsuchungen

Bereits Mitte April fand bei den beiden rechtsradikalen Kadern **Alexander Feyen** (21) und **René Rodriguez-Teufer** (22) eine Hausdurchsuchung der Heidelberger Polizei statt. Die beiden Neonazis betreiben im nordbadischen Hemsbach nahe Weinheim einen Versandhandel namens „Wiking-Versand". In den Wohn- und Geschäftsräumen wurden über 1.000 Tonträger, darunter CDs von „Tonstörung" und „Blood and Honour", sichergestellt. Feyen gehört dem Landesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten" (JN) von Baden-Württemberg an und ist JN-Stützpunktleiter im Rhein-Neckar-Kreis. Der im südhessischen Viernheim beheimatete Rodriguez-Teufer war Funktionär der 1993 aufgelösten „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" und steht inzwischen den JN nahe. Auf die Aktivitäten der beiden hatte, nach lokalen Presseberichten, vor wenigen Wochen das Antifaschistische Aktionsbündnis Rhein-Neckar aufmerksam gemacht.

GfbAEV aufgelöst

Die „Gesellschaft für biologische Anthropologie Eugenik und Verhaltensforschung e.V." (GfbAEV) hat sich, wie erst jetzt bekannt wurde, Anfang des Jahres aus dem Vereinsregister löschen lassen. Sie war registriert mit Vereinssitz in Ellerau (Kreis Pinneberg). Führende Kraft war **Jürgen Rieger**, einschlägig bekannter Rechtsanwalt aus Hamburg. Die GfbAEV wurde 1962 zunächst als „Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege" gegründet und 1972 umbenannt. Ihre Wirkungsstätte hat die GfbAEV jetzt mit Moholm/Schweden angegeben. Dazu muß man wissen, daß Rieger seit 1995 ein Anwesen in Schweden (Gutshof Sveneby) besitzt.

Christian Christians

Die Anthroposophen schlagen zurück

Die Anthroposophie und ihre Ableger Waldorf, Demeter, Weleda etc. werden in den letzten Jahren immer mehr einer kritischen Betrachtung unterzogen. Dies sowohl von außen wie auch aus den eigenen Reihen. Vor allem der Anthroposoph Arfst Wagner hat aufgezeigt, daß die Anhängerschaft Rudolf Steiners im „Dritten Reich" nicht schlicht „Opfer" sondern zum Teil auch „Täter" waren.

Verschiedene ehemalige Waldorf-Schüler und -Lehrer zeigen in Büchern, Artikeln und Interviews auf, daß sie nicht so „frei" sind wie gerne behauptet wird. Dies wurde von den anthroposophischen Organisationen und Medien zumeist ignoriert oder als undifferenziert abgetan. Nachdem die Gebrüder Guido und Michael Grandt ihr polemisches „Schwarzbuch Anthroposophie" veröffentlicht haben schlagen Steiners Erben zurück. Kritiker werden als lächerlich dargestellt, die „verschwörerisch" Verbindungen aufzeigen und Dinge aus dem Leben **Rudolf Steiner** als falsch darstellen. Kronzeuge hierfür ist eine dubiose Person aus dem satanistischen Spektrum, **Josef Dvorak**.

Von wahrscheinlich keiner anderen Person ist das gesprochene bzw. geschriebene Lebenswerk derart umfangreich erhalten wie von Rudolf Steiner. Allein der Buchkatalog des Gesamtwerkes umfaßt über 200 Seiten. Die Gesamtausgabe umfaßt weit über 300 Bände, in denen sich neben Abschriften von gehaltenen Reden, Aufsätze und diverse Buchveröffentlichungen Steiners finden. Als Band 28 findet sich in der Gesamtausgabe das Werk „Mein Lebensgang". Hierbei handelt sich um eine unvollendet Autobiographie Steiners.

In dieser Autobiographie nimmt Rudolf Steiner zu einem Vorgang aus seiner „esoterischen Karriere" Stellung und rechtfertigt sich. Für Außenstehende bleibt dies jedoch unverständlich, da er den Namen der Organisation verschweigt von der er sich distanziert. Gerhard Wehr, einer der profiliertesten anthroposophischen Autoren schreibt dazu in seiner vielbeachteten Steiner-Biographie: „Der heutige Leser der fraglichen Texte aus dem Lebensgang u.ä. mag sich dennoch fragen, warum es sein Autor geflissentlich vermeidet, im nachhinein den genauen Logenzusammenhang und auch den Namen von **Theodor Reuß** sowie anderer zu nennen, die mit Steiner in Sachen Mysteria Mystica Aeterna in irgendeiner Weise in Beziehung traten" (Zürich 1993, S. 206). Wehr führt weiterhin aus, daß die Herausgeber des Steinerschen Briefwechsels zu diesem Thema den Namen Reuß später durch ein X ersetzten (ebenda).

Das X, bzw. das Weglassen des Namens, hat seinen Sinn, handelt es sich doch hier um einen schwarzen Fleck in der Biographie Rudolf Steiners. Es geht um die Verbindung von Steiner zu **Theodor Reuß** und seiner Gesellschaft „Ordo Templi Orientis" (O.T.O.). Beim O.T.O. handelt es sich um einen esoterischen „Geheimorden", wie sie sich Anfang des Jahrhunderts großer Beliebtheit erfreuten. Über ihn ist nur wenig zweifelsfrei bekannt. Gegründet wurde er von dem allgemein als Hochstapler betrachteten Theodor Reuß. Zu seinen wichtigsten Vertretern gehörte der Satanist und Sexualmagier **Aleister Crowley**.

Auch der Vorwurf von Guido und Michael Grandt (in ihrem neuerschienen Buch „Schwarzbuch Anthroposophie") des angeblichen Satanismus, gegenüber Rudolf Steiner stützt sich auf dessen Verbindung zum O.T.O. Dieses Buch ist Auslöser der neuen Kampagne von Seiten der Anthroposophen.

Für die Brüder ist dieses nicht die erste Veröffentlichung. Erst 1995 erschien das „Schwarzbuch Satanismus" (Augsburg, 1995). Das Buch bedient alle voyeuristischen Vorurteile - ob Menschenopfer oder Sexorgien. Eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Satanismus, der Faszination des Bösen sowie die Rolle der Kirchen und der Medien, die sich ein Gespinst aufbauen, findet nicht statt. In dem Kapitel „Protokolle aus dem Milieu" wird nach mehreren „Fällen" von Personen, die in der Satanisten-Szene gelandet sind über eine „Bravo-Foto-Love-Story" berichtet, die als „psychische Umweltverschmutzung" bezeichnet wird.

Die „Info 3" vom Februar 1997, eine zentrale Zeitschrift für die gesamten anthroposophische Szene, betitelte einen Artikel über das neue „Schwarzbuch" mit „Ein neuer 'Kulturkampf?'". In dem Aufsatz werden konsequent Kritiker der Anthroposophie zusammengefaßt. So trat Reinhard Wiechoczek in einem Filmbeitrag der Gebrüder Grandt auf. Wiechoczek sei, so heißt es, Mitbegründer der „Initiative zur Anthroposophie-Kritik" - ein Hinweis er wäre ebenfalls beim „Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten" (IBKA) „organisiert", welcher von „Berlin aus agiert", folgt. Weshalb hier der IBKA erwähnt wird, bleibt für den Leser offen. Dadurch wird eine weitere Organisation, die es wagt, die Anthroposophie zu kritisieren, in Verbindung gebracht. Daß zwischen den christlich orientierten Grandt-Brüdern und der atheistisch orientierten IBKA ein deutlicher Unterschied besteht, wird kaschiert. Wiechoczek ist einer der profiliertesten Kritiker der Anthroposophie und der Waldorfschulen und somit ein kompetenter Gesprächspartner für Journalisten wie die Grandts, doch in der „Info 3" bekommt dies einen verschwörerischen Grundton.

Den Kritikern wird vorgeworfen ihre Aussagen haben eine „verblüffende Ähnlichkeit" mit der Propaganda der Nazis. Dazu wird die



Rudolf Steiner

falsche Behauptung aufgestellt, die „Anthroposophie sei 1935 verboten worden". Tatsächlich wurde 1935 die „Anthroposophische Gesellschaft" verboten - einige Waldorf-Schulen z.B. existierten noch jahrelang weiter. Als hätte es die Berichte über die Verbindungen einzelner Anthroposophen und anthroposophischer Einrichtungen mit den Nazis nicht gegeben, werden diese wieder fälschlicherweise pauschal zu Opfern stilisiert. Nachdem die Anhängerschaft Steiners pauschal zu Opfern des „Dritten Reichs" erklärt wurden, wird den inzwischen in einer angeblichen „Kampagne" zusammengefaßten Gegnern vorgeworfen, sie betreiben das Verbot der Anthroposophie und befänden sich somit nicht nur propagandistisch im Erbe der Nazis.

Am 29. Januar 1997 traten verschiedene anthroposophische Organisationen unter Führung der „Info 3" in Frankfurt/Main an die Öffentlichkeit. Die bei diesem Pressegespräch gehaltenen Reden wurden nicht nur in der Februar-Ausgabe der „Info 3" kurz wiedergegeben sondern auch in voller Länge im Internet zugänglich gemacht. Als besonderer Clou wurde Josef Dvorak präsentiert, der einen angeblich weit verbreiteten Irrtum aufklären sollte. Dvorak verkündet in seiner Rede, daß sich die Grandts in ihren Veröffentlichungen auf ihn beziehen. Nach weiteren Nachforschungen habe er festgestellte, daß er sich geirrt hat. Zur Untermauerung wirft er mit esoterisch- „geheimwissenschaftlichen" Vokabeln um sich, die mit der eigentlichen Fragestellung nichts zu tun haben.

Dvorak geistert seit Jahrzehnten als Vertreter für Satanismus durch die Medien. Für ORF und Radio Bremen inszenierte er Schwarze Messen und rezitierte Texte von Aleister Crowley (von dem Aussagen stammen wie: „Nichts haben wir gemein mit den Untauglichen und Verworfenen: laßt sie sterben in ihrem Elend. Denn sie fühlen nicht."). Die Brüder Grandt wurden mit Dvorak schon

andernorts konfrontiert. So z.B. in der SAT 1-Sendung „Einspruch" und auch in ihrem „Schwarzbuch Satanismus" schrieben sie über ihn.

1979 schrieb das „Wiener Original" (so „Info 3") zu einer Neuveröffentlichung des Textes „Die Gnosis des Bösen" von **Stanislaw Przybyszewski** ein einleitendes Vorwort. Bei diesem Text handelt es sich um eine Rechtfertigung von Hexenverfolgung und christlichem Massenmord, wie z.B. dem an der religiösen Minderheit der Katharer im 13 Jahrhundert. In dem „Werk", das erstmals 1900 erschien, wimmelt es von drastischen antisemitischen Aussagen, wie z.B.: „Der Jude, dies unreine Tier, der mit dem Teufel in Verbindung stand, wußte, wo das Gold war." (Ausgabe Berlin 1995, S. 71). In seiner Einleitung rechtfertigte Dvorak die Neuauflage wegen des „Stils und der Sachkenntnis".

Die Zeitschrift „Info 3" bezeichnet Josef Dvorak als „Experte(n) für Geheimorden". Sein Hauptwerk „Satanismus. Schwarze Rituale, Teufelswahn und Exorzismus. Geschichte und Gegenwart" erschien 1989 im Eichborn-Verlag und 1993 als Taschenbuch bei Heyne. Auch bei diesem Buch handelt es sich keineswegs um eine seriöse, sachkundige Auseinandersetzung mit dem Thema, sondern um die pseudo-enthüllerische Darstellung geheimer Verbindungen. Dvorak faßt in seinem Buch alles zusammen, was nach seiner Meinung mit Satanismus in Beziehung steht. Dazu gehören auch Ausführungen über die angeblichen perversen Sexualpraktiken von Adolf Hitler (München 1993, S. 91). Mit Berufung auf us-amerikanische Psychologen behauptet er weiterhin: „Aufgrund einer sogenannten 'Verschiebung nach oben' stünden also die 'strahlenden Augen' des 'Führers' demonstrativ für dessen falsche Behauptung, intakte Hoden zu besitzen."

Dvorak behauptet, daß Hitler seine Ideologie aus okkulten Quellen bezogen habe. Das beste Beispiel ist die Betrachtung der „Thule-Gesellschaft". Eine Tarnorganisation, die nach dem „I. Weltkrieg" bei der Niederschlagung der bayerischen Räterepublik mitwirkte. Etliche Mitglieder gehörten später in führenden Positionen der NSDAP an. Dvorak erweckt den Eindruck, als wäre die nationalsozialistische Partei systematisch von Thule-Leuten aufgebaut worden, die alle führenden Positionen einnahmen, Hitler anwarben und ihn schulten. Dies entspricht einem Legendengebäude, welches heute gerne verbreitet wird. Inzwischen gibt es mehrere Veröffentlichungen, die in einer wissenschaftlich akzeptablen Art und Weise nachweisen, daß es sich bei der „Thule-Gesellschaft" keineswegs um eine esoterische, okkultisch oder gar satanistische Verschwörergruppe handelte. Diese Gesellschaft war eine antidemokratische Organisation, die aus dem selben Umfeld stammte wie die NSDAP.

Nicht die Mitgliedschaft von Steiner im O.T.O. ist entscheidend, sondern der Umstand, daß er einen erkläglichen Geldbetrag an Theodor Reuß zahlte - für das Recht, den Ritus „Mystica Aeterna" durchzuführen und wiederum gegen Geld darin weitere Personen aufzunehmen. Ob Steiner hierbei einen Vertrag mit Reuß persönlich oder mit dessen Orden abgeschlossen hat ist unerheblich. Die „Info 3" schreibt: „Steiner hatte mit diesem Orden nichts zu tun. Im Band 265 der steinerschen Gesamtausgabe ist jedoch der Text des Vertrages nachgedruckt.

Einen schwarzen Fleck in der Biographie von Rudolf Steiner zu haben, scheint für viele Anthroposophen unakzeptabel. Besonders wo es schon Absetzbewegungen von wesentlichen Glaubensinhalten gibt. Besonders in den Niederlanden gibt es zunehmend Kritik an der anthroposophischen Rassenlehre, der sogenannten Wurzelrassenlehre, die jedoch zentraler Bestandteil der Anthroposophie ist. Daß ein Infragestellen von anthroposophischen Glaubensinhalten zu heftigen Auseinandersetzungen führt, ist in den letzen Jahren häufiger geschehen und zeigte immer wieder die Kritikunfähigkeit von weiten Teilen der anthroposophischen Bewegung auf.

Andreas Speit

Steiners Jünger bangen um Ruf und Gelder

Keine vier Tage war die jüngste Publikation Guido und Michael Grandts, das „Schwarzbuch Anthroposophie. Rudolf Steiners okkult-rassistische Weltanschauung", auf dem bundesdeutschen Büchermarkt, als der Vorstand des „Schloß Hamborn - Rudolf-Steiner-Werkgemeinschaft e.V." per einstweiliger Verfügung die weitere Auslieferung verhinderte.

Grund für den Beschluß des Landgerichtes Stuttgart waren drei eidesstattliche Aussagen ehemaliger Waldorfschüler in Bezug des renommierten Internats: „a) Es kiffen 80 Prozent der Heimschüler. b) Die Erzieher unternehmen nichts dagegen. c) Im Eurythmie-Unterricht lassen die Lehrer Nazi-Symbole (Hakenkreuze) laufen". Doch daß die Publikation vom Büchermarkt verschwand, verdankt die Anthroposophische Gesellschaft nicht esoterischen Weisheiten, sondern juristische Feinheiten.

Der Vorstand des „Schloß Hamborn" erwirkte die Verfügung gegen die Auslieferer, welche grundsätzlich keinen Widerspruch einlegen. Da der Gerichtsstand Stuttgart ist, kann der Wiener Verlag Ueberreuter juristisch nicht eingreifen. Dem Antrag, den Gerichtsstand aus der Anthroposophenhochburg zu verlegen, wurde nicht stattgegeben. Zur Zeit kann die Publikation, mit fünf geschwärzten Stellen, nur über den Verlag bezogen werden.

Gegenüber der Presse verbreiteten **Justus Wittich**, Öffentlichkeitsreferent der Anthroposophischen Gesellschaft in Deutschland, und **Martin Barkhoff**, Medienbeauftragter derselben, den Eindruck, als ob es sich um ein übles Machwerk handele. Dem schloß sich die taz an. Ihr Autor **Philipp Maußhard** urteilte: „ein lustiges Buch", „fahrig zusammentragen" und „perfide". Wittich zieht sogar Vergleiche zum Propagandastil jenes Nazi-Dokumentes, dem das Verbot der Anthroposophischen Gesellschaft sowie die Schließung der Waldorfschulen folgte. Barkhoff indes verschickt Teile des unlektorierten Manuskriptes der Publikation, das waldorfpädagogischen Einrichtungen zugeleitet wurde.

Der anthroposophische Aufschrei verwundert nicht. Die beiden Journalisten haben fast alle Facetten der weitgefächerten Anthroposophie beleuchtet, indem sie andere kritische Stimmen zusammenfaßten. Sie setzen sich nicht nur mit der Lehre des Begründers Rudolf Steiners auseinander, sondern auch mit deren spirituellen/ideologischen Ursprüngen und Verwandschaften - sowie ihrer praktischen Umsetzung. Ihr Fazit: „Rudolf Steiner ist kein Abgott, für den ihn auch heute noch viele Anthroposophen halten, sondern ein Okkultist, Nationalist und Rassist".

Ein gewichtiger Argumentationsstrang ist die Behauptung, daß die Anthroposophie eine „rassistische Weltanschauung" sei. Bereits Volkmar Woelk, Jutta Ditfurth und andere AutorInnen haben in diversen Publikationen darauf hingewiesen. Das Autorenpaar liefert ergänzende Fakten und Zitate. So z.B. Steiners Erkenntnis: „Die Menschen würden ja, wenn die Blauäugigen und Blondhaarigen aussterben, immer dümmer werden. (...) Die blonden Haare geben eigentlich Gescheitheit".

Am 23. Februar 1996 hieß er in der niederländischen Tagespresse: „Insofern es bei Rudolf Steiner eine Rassenlehre gibt, distanzieren wir uns ausdrücklich davon. Der Vorstand der Anthroposophischen Gesellschaft in den Niederlanden". Die zahlreichen deutschen anthroposophischen Einrichtungen, Vereine und Zeitschriften haben sich zu einem solchen Schritt bisher nicht durchringen können. Exemplarisch argumentiert der „Bund der freien Waldorfschulen e.V.". In seinem Namen legt **Stefan Leber** dar, daß der „Begriff der Rasse seinen Sinn verliere" und die wenigen Seiten mit Steiners Rassismen wären im Verhältnis zu seinem über 80.000 Seiten umfassenden Werk irrelevant. Nur die anthroposophischen Flensburger Hefte stellten bei Steiner zahlreiche Rassismen fest. Eine Distanzierung erfolgte jedoch ebenso nicht.

Doch stärker als über die Darstellung von Steiners Rassismus empört die Anthroposophie unisoni der in der Publikation behauptete Zusammenhang zwischen Rudolf Steiner und bestimmten satanistischen Strömungen. Als Kronzeuge gegen Grandts präsentiert die

Anthroposophie ausgerechnet den selbsternannten Satanisten Josef Dvorak, der in seinem Standardwerk über Satanismus den von den Grandts gezogenen Schluß zumindest nahegelegt hat. In Zusammenarbeit mit der Anthroposophie gegen die Publikation, relativiert er seine Aussagen.

Tafelbild von Rudolf Steiner aus dem Jahre 1907

Die genauen Quellenangaben halten den Redakteur der anthroposophischen Zeitschrift „Info 3" **Jens Heisterkamp** nicht davon ab, gegen die Kritiker genau mit der Polemik vorzugehen, die er ihnen selbst unterstellt: Sie seien „Trittbrettfahrer einer Sektenhysterie" und die Publikation sei eine „wirre Kollage", eine „Kampfschrift". Zu den Fakten äußert er sich nicht. Kein Wort zu dem belegten Rassismusvorwurf, zu Steiners Verschwörungsphantasien oder dem opportunistischen Verhältnis der Mehrheit der Anthroposophen zum Nationalsozialismus. Ebenfalls kein Wort zu den gravierenden pädagogischen Defiziten der Waldorfschulen und -kindergärten.

Es gibt berechtigte Gründe zur Kritik des Buches. Die Tendenzen der Autoren, stets das Spektakuläre zu suchen, gehört ebenso dazu, wie der manchmal reißerische Tenor. Seitenlang gehen sie auf vermutete sexualmagische Praktiken Steiners ein, die sich nicht klar nachweisen lassen und auch im Widerspruch zu seiner sonstigen völligen Sexualfeindlichkeit stehen. Fast gänzlich ausgeblendet sind der Antisemitismus Steiners und der esoterisch hergeleitete biologisch-dynamische Landbau wie auch das anthroposophische „erweiterte Heilwesen".

Trotz dieser Mankos des „Schwarzbuches" ist es für die Auseinandersetzung eine Bereicherung. Weitere kritische Analysen bleiben notwendig. Daß die Grandts den Nerv der Anthroposophie getroffen haben, zeigen die Reaktionen. Steiners Jünger bangen um Ruf und Gelder.

Guido und Michael Grandt: Schwarzbuch Anthroposophie. Rudolf Steiners okkult-rassistische Weltanschauung. Ueberreuter 1997, 315 S. 39.90 DM.

Thomas Dienel und der HNG-Kopierer

Das Landgericht in der thüringischen Kreisstadt Meiningen verurteilte den Neonazi **Thomas Dienel** wegen Verleumdung zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe. Das Landgericht bestätigte als Berufungsinstanz mit seinem Spruch im wesentlichen ein Urteil des Amtsgerichts Meiningen vom November 1996. Dienel hatte Justizvollzugsbeamte bezichtigt, ihn sexuell belästigt zu haben. Eine anläßlich des Prozesses geplante Demonstration der „Deutsch Nationalen Partei" wurde vom Landratsamt Schmalkalden-Meiningen verboten. Die Staatsanwaltschaft Erfurt hatte bei Dienel ein Fotokopiergerät und eine Schreibmaschine beschlagnahmt. Nachdem die technischen Geräte von der Staatsanwaltschaft wieder freigegeben worden waren, händigte Dienel diese an die neonazistische „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V." (HNG) aus. Dienel hatte im Frühjahr des vergangenen Jahres Geld- und Sachspenden des HNG-Mitgliedes **Roland Sommer** entgegengenommen, aber nicht wie verabredet an die HNG-Vorsitzende **Ursula Müller** weitergeleitet. Daraufhin wurden von Seiten der HNG juristische Schritte gegen Dienel eingeleitet, die den gewünschten Erfolg zeigten. Nach der Geldspende in Höhe von DM 600,- gelangten nun auch die Geräte in die Hände der braunen Knasthilfe.

Broschüren

Neue Akropolis

„Sekte mit braunen Flecken", so lautet der Untertitel einer in Hamburg erschienen Broschüre. Bei der „Neuen Akropolis" (NA) handelt es sich um eine internationale Organisation, die in etwa 50 Ländern vertreten ist. In der BRD existiert die NA seit 1989, unter anderem in Hamburg. Mit den Aktivitäten in Hamburg, die innere Struktur und die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der N.A. sind hier nur einige Kapitel benannt, mit denen sich eine 36-seitige Broschüre beschäftigt. Wer sich einen Überblick über die NA beschaffen will, ist mit 4.- (+1,50 DM Porto) dabei. Die Herausgeber erzielten übrigens mit dem in der Broschüre veröffentlichten Material erste Erfolge. Im vergangenen Jahr machten sie eine Veranstaltung über die N.A. in Hamburg, woraufhin ca. ein Drittel der Hamburger Mitglieder die Sekte verließ.

Antifaschistische Informationen Nr. 2

In der zweiten Ausgabe beschäftigen sich die HerausgeberInnen u. a. mit der „Bismarckstiftung", der ÖDP und den „Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (ÜOD), den militanten Nazis in Hamburg sowie dem Hamburger Lesekreis der „Jungen Freiheit". Zwar haben die Artikel ihren Ausgangspunkt in Hamburg, aber sie sind auch für einen Interessentenkreis über die Hansestadt hinaus durchaus interessant. Sehr umfangreich wird beispielsweise über die ÜOD berichtet. Rächen tut sich allerdings, daß im Vorwort nicht eine Begriffsbestimmung vorgenommen wird. Bemerkbar macht sich das vor allem bei der Einschätzung der ÖDP, was mit „rechtsextrem", „reaktionär", „neurechts" oder „faschistisch" gemeint ist, kommt nicht unbedingt beim Leser oder der Leserin an. Ausführliche Quellenangaben erleichtern allerdings das eigene Nachrecherchieren. Wer 4,50 plus 1,50 DM Porto übrig hat, sollte sich die Broschüre, die einem Umfang von 46 Seiten hat, bestellen.

Beide Broschüren sind über: KFdF, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, erhältlich.

Deutsches Staatsbürgerschaftsrecht diskriminierend & großdeutsch

„Die bestehende Rechtslage beim deutschen Staatsbürgerschaftsrecht stellt für Millionen Menschen in diesem Land das Verhältnis 'Staat - Staatsbürger' auf den Kopf. Nicht sie kontrollieren die staatlichen Behörden und Funktionsträger, wie es einer demokratischen Ordnung entspricht, sondern sie werden kontrolliert - als Objekte, als womöglich gefährliche, auf jeden Fall rechtlose 'Ausländer'. Und sie erlaubt zugleich eine staatliche 'Volksgruppenpolitik' nach außen, die jede gute Nachbarschaft mit den umliegenden Staaten, vor allem im Osten Deutschlands, stört und untergräbt, dort Unfrieden stiftet, Menschen zweierlei Qualität zu schaffen versucht [...] und die revanchistischen Umtriebe sogenannter 'Vertriebenenverbände' in diesen Nachbarländern mit Millionengeldern aus dem Bundesinnenministerium und dem Auswärtigen Amt sogar noch bestärkt", heißt es in der Einleitung der jüngst im GGN-Verlag erschienenen Broschüre „Deutsches Staatsbürgerschaftsrecht - diskriminierend und großdeutsch". Sie enthält u.a. Beiträge von Hunno Hochberger, Bernhard Wagner, Ulla Jelpke u. Helmut Schröder, Dr. Zbigniew Wiktor und Emil Ruska.

Ziel des Herausgebers ist die Einflußnahme auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr: Das völkisch-großdeutsche Staatsbürgerschaftsrecht, das in seinen wesentlichen Zügen noch auf dem wilhelminischen von 1913 beruhe, müsse radikal geändert und durch ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht ersetzt werden. In Konsequenz bedeute dies die ersatzlose Streichung des Artikel 116 GG und die sofortige unbürokratische Einbürgerung der ausländischen Bevölkerung.

AG „Ostexpansion" der Bundeskonferenz BWK (Hg.), Deutsches Staatsbürgerschaftsrecht - diskriminierend und großdeutsch, Köln 1997, 72 Seiten, 8,- DM, ISBN 3-926922-32-X, Wiederverkäufer erhalten 30% Rabatt.

Bezug: **GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.**

„Enough is Enough"

In Schleswig-Holstein erscheint Anfang Juli eine neue, landesweite, antifaschistische Zeitschrift. Das Projekt heißt „Enough is Enough" und entsteht als Zusammenschluß der Zeitschriften ATZE - Antifaschistische Zeitung Kiel und der Antifaschistischen Zeitung Lübeck (AZ). Beide erscheinen seit über zehn Jahren. Die Redaktion der Lübecker AZ brachte seit September 1996 die Prozeßinfos zum Prozeß gegen Safwan Eid heraus. Aus der guten Zusammenarbeit beider Redaktionen in den vergangenen Jahren und angesichts großer thematischer Überschneidungen entstand die Überlegung aus den beiden Zeitschriften ein gemeinsames Projekt für Schleswig-Holstein zu entwickeln.

Die Kernredaktionen sitzen weiterhin in Kiel und Lübeck. KorrespondentInnen haben wir bisher in Flensburg, Eckernförde, Neumünster und anderen Regionen Schleswig-Holsteins. Geplant sind Regionalseiten in eigenständiger Verantwortung von Lokalredaktionen.

Inhalte der ersten Ausgabe sind der Prozeß zum Lübecker Brandanschlag in der Hafenstraße, die aktuelle Neuformierung der Naziszene in Schleswig-Holstein, der Brandanschlag auf die Kirche St.Vicelin, die Härtefallkommission für Flüchtlinge, die Situation in Kongo und Algerien ...

Eine Ausgabe der Zeitschrift kostet 4,- DM, ein Jahresabo 20,- DM.

Weiterverkauf: ab 20 Exemplare: 30 %

Abo-„Hotline": 0451 - 7020 748 (Fax des Lübecker Bündnis gegen Rassismus)

Postadresse: **Enough is Enough, c/o Initiativenzentrum, Schweffelstraße 6/Hof, 24118 Kiel**